

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrunner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettette oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der wiedererstandene König Stumm.

—r. Entgegen dem sehr vernünftigen Satze, daß man die Toten ruhen lassen solle, beabsichtigen die Scharfmacher, ihren toten Vorkämpfer wieder auszugraben und auf der Wühlfläche erscheinen zu lassen. Bei wilden Wölfen, zum Beispiel bei den Hunnen, war es Brauch, den Leichnam eines gefallenen Königs aufrecht auf sein Schlachtroß zu binden und ihn so zum Entsetzen der Zuschauer in die Reihen der Feinde hinein zu senden. Dasselbe erschreckliche Schauspiel wollen die modernen Hunnen ihren Feinden bereiten, indem sie den Geist ihres toten Königs aus dem Grabe zitieren und als Schreckgespenst auf die heutige Menschheit loslassen. Kein Geringerer nämlich als Dr. Alexander Lilla, der schärfste, gehässigste und rücksichtsloseste aller Scharfmacherzulitz, hat sich daran gemacht, die Reden des Freiherrn v. Stumm-Galberg in zwölf dicken Bänden à 6 Mk. herauszugeben und der Nachwelt zugänglich zu machen.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ ist ganz entzückt von diesem Unternehmen; sie nennt es „ein äußerst verdienstliches Werk“, die Reden „des großen Vorkämpfers der deutschen Arbeitgeber“ zu sammeln und dadurch „dem deutschen Volke eine Gabe zu bieten, die auch heute noch und für lange hinaus eine unerschöpfliche Quelle reichster Anregung und Belehrung bilden wird“. Und dann schwingt sich das Scharfmacherblatt zu einem begeisterten Lobgesang auf: „Der Name Stumm bedeutet ein Programm, mehr als das: er bedeutet eine Weltanschauung. Die Persönlichkeit des Neunkirchener Großindustriellen hat in der deutschen Industrie und Politik eine für weite Kreise vorbildliche Stellung gewonnen. Das tiefgehende Verständnis, das dieser Mann allen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entgegenbrachte, befähigte ihn, der Gesetzgebung auf den verschiedensten Gebieten wertvolle Anregung zu geben, ja, er hat häufig genug einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeübt. Aber noch weit höher als diese praktische Tätigkeit ist das geistige Moment einzuschätzen, das von dem Wirken und Wesen eines Mannes wie Stumm, der wirklich und wahrhaftig ein Mann vom Scheitel bis zur Sohle war, auf die gesamte soziale Entwicklung seiner Zeit ausstrahlte.“

Der Herausgeber der Stummschen Reden mußte ein schlechter Geschäftsmann sein, wenn er nicht energisch und lärmend die Reklametrommel rührte. Das tut er denn auch in der aufdringlichsten Weise. Zunächst lobt er den verstorbenen Stumm als den „Brotgeber für 70000 Menschen“ und seinen Betrieb als einen „Sammelpunkt von arbeitsfrohen und arbeitskräftigen Menschen“ und fährt dann fort: „Seine Leistungen in der praktischen Tätigkeit des wirtschaftlichen Lebens sind nur die eine Hälfte seines Gesamtchaffens. Er war nicht bloß einer der größten Großindustriellen in dem Deutschland der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, sondern auch eine der hervorragendsten politischen Persönlichkeiten und einer der größten politischen Redner der gleichen Zeit. Was er an der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches mitgearbeitet hat, das hat für die Allgemeinheit und für die Geschichte mindestens dieselbe Bedeutung wie seine praktischen Leistungen auf dem Gebiet des Gewerbslebens. Die Wirtschaftspolitik und die Handelsgesetzgebung, das Verkehrswesen und die Erforschung der Arbeiterverhältnisse, die Arbeiterschutzesetzgebung und die Arbeiterversicherung, die Gestaltung der politischen Rechte, die Strafgesetzgebung und die bürgerliche Gesetzgebung des Deutschen Reiches im letzten Menschenalter des neunzehnten Jahrhunderts — sie alle tragen die Spuren seines Wirkens. In den Kämpfen um die Neuordnung dieser Verhältnisse war er einer der machtvollsten Auser im Streite.“

Es ist leider richtig, daß unser heutiges öffentliches Leben die Spuren Stummschen Geistes trägt, und daß sein Wirken einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen hat. Wir sind nämlich der Meinung, daß der unter dem Namen „System Stumm“ bekannte und berühmte Patriarchalismus ein Hohn ist auf jede vernünftige Sozialpolitik und daß die Rolle, die König Stumm gespielt hat, für die Entwicklung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens ungemein verderblich gewesen ist. Er war ein Ausbeuter und

Scharfmacher schlimmster Sorte und bildete sich noch oben-
drein etwas ein auf sein Scharfmachertum. Energisch und rücksichtslos bekämpfte er alle freiheitlichen Bestrebungen der Gegenwart, auf welchem Gebiet sie sich auch zeigen mochten; er war ein Reaktionär bis auf die Knochen, und in jedem Gegner seiner Tyrannei, die er unter der Maske eines Patriarchen ausübte, erblickte er einen Umstürzler und Revolutionär, der Galgen und Rad verdiente. Besonders die moderne Gewerkschaftsbewegung verfolgte er mit fanatischem Haß, und selbst die harmlosesten Regungen einer arbeitervreundlichen Sozialpolitik wollte er rücksichtslos unterdrücken, weshalb er auch die bürgerlichen Sozialreformer und die christlich-nationale Arbeiterbewegung bis in den tiefsten Pfuhl der Hölle verdammt.

Und dabei besaß dieser Geldsackspitz einen Unfehlbarkeitsdünkel und einen Starrsinn, der keinen Widerspruch duldete. Der Kapitalismus war ihm so sehr in Fleisch und Blut übergegangen und hatte sein Gehirn so sehr verseucht, daß er in dem Arbeiter nichts anderes sah als das Teilstück einer Maschine, ein Mädchen in einem Automaten, eine Nummer im Kassenbuch, ein Objekt schrankenloser Ausbeutung, ein willenloses Werkzeug in der Hand des Unternehmers. Der Gedanke, daß der moderne Arbeiter ein gleichberechtigter Staatsbürger geworden ist, und daß er ein dem Unternehmer gleichberechtigter Faktor im Arbeitsbetrieb werden müsse, war dem Herrscher in Saarabien niemals gekommen; zu dieser Höhe eines modernen Rechtsempfindens vermochte er sich nicht aufzuschwingen, er lebte noch in den Anschauungen der „guten alten Zeit“, und ein Schauer überlief ihn, wenn er das Evangelium hörte, daß es keine Knechte, sondern nur noch freie Männer geben solle.

Seine besondere Spezialität war immer, daß er den Herrenstandpunkt vertrat und den Kapitalistenpropheten herauskehrte. Er machte aus seinem Herzen keine Mördergrube, und deshalb hat wohl keiner offenerherziger und zynischer als er den Grundsatz ausgesprochen, daß der Unternehmer allein Herr im Hause sein und bleiben müsse. Wie würde er hochgelacht haben, wenn er das Ministerwort vernommen hätte, daß die Unternehmer die Kameraden ihrer Arbeiter sein sollen! Noch aus dem Grabe heraus lacht er über eine solche Anschauungsweise. Diesem seinem Grundsatz getreu bekämpfte er alle gewerkschaftlichen Bestrebungen — auch die christlichen — bis aufs Blut, und die Forderung der Gewerkschaften auf Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber erschien ihm als Revolution und Anarchie. Im Reichstag spielte er eine lächerliche Rolle, und mit Recht nannte ihn einstmalig Bebel einen komischen Kauz, der die Zeichen der Zeit nicht mehr versteht. Wie Don Quixotte, der Ritter von der traurigen Gestalt, zog er gegen Windmühlen in den Kampf und erntete weiter nichts als Hohn und Spott und Beulen im Kopfe.

Dieses sein famoses System vertrat er nicht nur theoretisch, sondern er setzte es in die Praxis um und brachte es in seinem eigenen Betrieb zur Anwendung. Er begnügte sich nicht damit, seine Arbeiter im Innern der Fabrik zu willenlosen Sklaven zu machen, sondern er mischte sich auch außerhalb der Fabrik in ihre privaten Angelegenheiten; er spielte sich als Pater und Vater auf und bevor mundete seine Arbeiter wie unmündige Kinder. Er schrieb ihnen vor, welche Zeitungen sie lesen, welche Wirtschaften sie besuchen und bei welchem Händler sie kaufen durften; er machte darüber, daß sie keinem unliebamen Verein oder gar einer Gewerkschaft angehörten, und wenn sie heiraten wollten, mußten sie erst um seine Erlaubnis bitten. Der Patriarch von Saarabien hatte eben keine Ahnung davon, daß die modernen Arbeiter keine Kinder mehr sein wollen, die einen Vormund gebrauchen, sondern daß sie zu freien, selbstbewußten Männern und zu gleichberechtigten Staatsbürgern herangereift sind.

Und einen solchen Mann mit solchen Ansichten will man wieder lebendig machen, seinen Geist will man aus dem Grabe herauszitieren?! Nun wohl, laßt das Schreckgespenst herbei und zeigt es im Lichte der Öffentlichkeit. Wir sind sicher, dem toten Stumm wird derselbe Ruf entgegenschallen, den der Lebendige Stumm so manchemal hören mußte:

„D wärst du, Stumm, doch stumm geblieben!“

Zur Agitation.

Wie wir in letzter Nummer unserer Zeitung nachgewiesen haben,* stehen zurzeit in Deutschland noch mehr den 800000 Holzarbeiter außerhalb jeder gewerkschaftlichen Organisation. Das sind die Kollegen, die es „nicht nötig“ zu haben glauben, weil sie sich ihrer Ansicht nach in auskömmlichen Verhältnissen, zum Teil in „Lebensstellungen“ befinden, die sich erhaben dünken über der großen Masse derer, die den opfervollen Kampf führen um Verbesserung ihrer Lage. Und dann gehören zu der großen Schaar der Indifferenten jene Kollegen, die auch in organisatorischen Dingen nur auf ihren augenblicklichen persönlichen Vorteil bedacht sind, die im Angesicht einer Lohnbewegung schnell der Organisation beitreten, um unter der ständigen Drohung, zu Arbeitswilligen zu werden, aus dieser eine verhältnismäßig hohe Summe an Unterstützung, die ihnen statutengemäß nicht zustände und in keinem Verhältnis zu ihren wenigen gezahlten Beiträgen steht, herauszupressen, um nach Erledigung der Bewegung oder gar noch während derselben zu Verrätern an ihren Arbeitsbrüdern zu werden. Dann gehören dazu die vielen Tausende von Kollegen, die aus geistiger Trägheit, aus Stupidität sich fern von jeder organisatorischen Betätigung halten; aus dieser Kategorie von Arbeitern rekrutiert sich das Heer der Arbeitswilligen. Das Hauptkontingent der Indifferenten bilden aber die Angehörigen der sogenannten Glendberufe, der Bürstenindustrie, Korbmacherei, Holzspielwarenfabrikation, Musikinstrumentenindustrie und der Sägeindustrie. Das sind jene Arbeitskollegen, die unter den unwürdigsten Arbeitsverhältnissen schmachten, denen infolge ihrer geringen Verdienste die Zahlung eines regelmäßigen gewerkschaftlichen Beitrags nahezu unmöglich gemacht ist, denen über der Misere, unter der sie leiden, zumeist auch jedes Interesse am öffentlichen Leben, insonderheit an der gewerkschaftlichen Organisation verloren gegangen ist. Daß es gewerkschaftliche Verbände gibt, die eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeiführen und die bei festem Zusammenschluß aller auch ihnen helfen könnten, diese Überzeugung ist ihnen nur schwer beizubringen. Sie arbeiten und wohnen zumeist abseits der großen Heerstraße, da, wo man den Pulsschlag der Zeit nur abgeschwächt spüren kann und wo es schwer ist, neuen Gedanken Eingang zu verschaffen. Ihre Zahl beläuft sich allein auf mehr denn hunderttausend.

Alle diese Kollegen müssen noch der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden, und solange uns das nicht gelingt, ist unsere Gewerkschaft immer nur Stückwerk. Ein Unmögliches darf es hier nicht geben. Wir verfügen jetzt schon über ein gut ausgebautes Netz von Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Reich erstrecken und alle Gebiete der Holzindustrie beherrschen. Ein großer Stab gut ausgebildeter Beamten, Tausende tüchtiger Kollegen stehen uns zur Verfügung, um eine systematische intensive Agitation betreiben zu können. Unsere Organisation verfügt über ein gutes System von Unterstützungsseinrichtungen, sie hat auf wirtschaftlichem Gebiet große Erfolge errungen, sie hat sich als die treue Hüterin und Förderin der Holzarbeiter Deutschlands erwiesen. Da sollte es verhältnismäßig leicht sein, eine erfolgreiche Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen zu entfalten. Mit dem nötigen guten Willen läßt sich da viel erreichen.

Verhältnismäßig leicht ist die Agitation unter den drei ersten Kategorien von indifferenten Kollegen, unter den Kollegen, die es „nicht nötig“ haben, sich zu organisieren, die den Verband nur im Augenblick der Gefahr finden, um ihn auszunützen, oder die sich aus Stupidität von der Organisation fernhalten. Denn diese Kollegen sind agitatorisch leichter zu erfassen, da sie zumeist als einzelne unter der Masse der Organisierten arbeiten, durch eine fortgesetzte, sich unablässlich gebende Agitation in den Bann der gewerkschaftlichen Ideen hineingezogen werden können. Diesen Kollegen kann auch leicht begreiflich gemacht werden, daß sie ernten, wo sie nicht gesät haben, von den Erfolgen der Organisation Nutzen ziehen, obwohl sie für dieselbe noch nicht einen Finger krümm gemacht haben. Sie sind auch leichter zum Anschluß an den Verband zu bewegen als die Angehörigen der Glendberufe, da sie immerhin noch eher als diese in der Lage sind, Aufwendungen für eine gewerkschaftliche Organisation zu machen. Die Agitation unter diesen Kollegen sollte in erster Linie in die Hand genommen werden, weil sie sich am leichtesten durchzuführen läßt und weil sie am erfolgversprechendsten ist.

* In unserem Artikel „Unter Agitationsfeld“ in Nr. 49 der Holzarbeiter-Zeitung.

In dieser Agitation sollten sich alle Verbandskollegen beteiligen. Hier gilt es nicht, große Worte zu machen und Versammlungen zu halten, hier gilt es, im ständigen Verkehr mit den uns noch Fernstehenden, in der Werkstatt, am Bierisch wie im sonstigen gesellschaftlichen Leben, in der täglichen Unterhaltung mit feinesgleichen dem Verband Anhänger zu gewinnen. Voraussetzung dabei ist, daß man mit allen Kollegen, auch mit den uns noch fernstehenden, durchaus kameradschaftlich verkehrt. Das sollten sich unsere Mitglieder überhaupt zur Richtschnur nehmen, daß man seiner Sache schlecht dient, wenn man die anderen Kollegen, und mögen sie auch einer anderen Organisation angehören oder gar indifferent sein, „links liegen läßt“ und sie sogar verachtet. Damit schafft man der Sache unseres Verbandes keine Freunde, man verbittert aber jene Kollegen gegen unsere Organisation so sehr, daß spätere Besserungsveruche naturgemäß ohne Erfolg bleiben müssen. Es ist also ein Gebot der Klugheit, und nicht nur das, es liegt in der Natur unseres Verbandes als einer Organisation der Gedrückten, Beladenen und gleich Interessierten, daß unsere Kollegen mit ihresgleichen nur kameradschaftlich verkehren, sie als Arbeitsbrüder betrachten und behandeln, sie allein durch die Kraft ihrer Überzeugung der Gewerkschaft zu gewinnen versuchen. Das allein genügt aber nicht zur Erzielung eines agitatorischen Erfolges; unsere Kollegen müssen mit ihresgleichen nicht nur kameradschaftlich verkehren, sie müssen sie auch mit den Zielen und dem Willen des Verbandes, mit seinen Einrichtungen und seinen Erfolgen vertraut machen. Das bedingt allerdings, daß unsere Mitglieder sich selbst etwas mehr um den Verband kümmern, daß sie regelmäßig die Zeitung wie die Literatur des Verbandes lesen, regelmäßig die Versammlungen besuchen, ganz im Verband aufgehen und so schon aus einem inneren Bedürfnis heraus zu einer größeren Mitteilbarkeit über das Verbandsleben den fernstehenden Kollegen gegenüber kommen. Nur solche Kollegen, die mit Herz und Hand beim Verband sind, sich ganz unserer Sache widmen, werden in der täglichen kleinen Agitation für die Gewerkschaft wahrhafte Erfolge erzielen, weil sie mit dem Verbandsleben durchaus vertraut sind, wissen was ist, weil sie den richtigen Ton und die richtige Form uns fernstehenden Kollegen gegenüber finden, weil sie den nötigen agitatorischen Eifer entfalten, denn ihnen ist die tägliche Agitation in Werkstatt und Haus Herzensbedürfnis. Wenn die Kollegen das mehr beachten wollten, würden wir in der Agitation viel mehr Erfolge erzielen. Leider stehen aber gar zu viele noch auf dem Standpunkt, alle diese agitatorische Arbeit sei nichts nütze, der Verband agitiere am besten für sich selber und man brauche schließlich nur abzuwarten, bis die Masse uns noch fernstehender auch, durch die Macht der Tatsachen bezwungen, sich uns anschließen. Andere Kollegen wieder verstehen unter einer guten Agitation überhaupt nur große Versammlungen mit jugkräftigen Rednern, während wir zurzeit, bei der jetzigen Entwicklung unseres Verbandes doch in erster Linie mit der durchaus individuellen, kleinen Agitation beginnen müssen, wollen wir vorwärts kommen.

An dem Verhalten der großen Masse unserer Mitglieder dürfte es denn auch in erster Linie liegen, ob und inwieweit wir in den nächsten Monaten und Jahren in der Mitgliederbewegung des Verbandes Fortschritte machen werden. Die bisherigen Agitationsmethoden reichen nicht mehr aus, um Erfolge zu erzielen. Was dadurch für die Organisation zu erreichen war, ist erreicht worden. Jetzt gilt es, jene indifferenten Kollegen der Organisation zuzuführen, die der bisherigen Agitation widerstanden. Diese Aufgabe ist nicht leicht, und sie kann nur durch eine Individualisierung der Agitation, durch eine Agitation, die sich nicht an die Masse, sondern an den einzelnen wendet, die sich nach den Eigenarten des einzelnen richtet, gelöst werden. Diese Aufgabe kann aber nicht von einzelnen tüchtigen Agitatoren, sie muß von der Masse der Mitglieder gelöst werden. Deshalb ergeht an alle Kollegen der Ruf, sich künftig mehr als bisher in den Dienst unserer Sache zu stellen. Sich rege an der Kleinarbeit des Verbandes, an der täglichen Agitation für den Verband zu beteiligen.

Voraussetzung ist allerdings, daß, wie gesagt, die Kollegen am Verbandsleben selbst rege Anteil nehmen, damit sie auch über den richtigen Geist, das nötige Wissen verfügen, um agitieren, um andere von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugen zu können. So wird die Frage der Agitation für den Verband zur Frage der gewerkschaftlichen Durchbildung unserer Mitglieder.

Trottel oder Männer?

n. Es versteht sich, daß die freien Gewerkschaften zur Stelle sind, wenn es gilt, das elendeste aller Wahlsysteme in Preußen zu Fall zu bringen. Wir werden uns an diesem Kampfe mit allen Kräften beteiligen, weil wir unsere Aufgabe nicht erschöpft sehen in der Erreichung höherer Lohnes und kürzerer Arbeitszeit, weil wir uns nicht begnügen, das Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer zu regeln, sondern den Arbeiter in seinen Beziehungen zur Gesamtheit, zum Staate, zur Gesellschaft auf eine höhere Stufe zu stellen bestrebt sind. Wir wissen, daß wir nicht berufen sind, den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in seinem ganzen weiten Umfang zu führen; wir haben uns dem Gebote der Arbeitsteilung zu fügen und den Gegner mit den Waffen zu bekriegen, zu deren Gebrauch uns unsere Organisation am meisten befähigt. Aber wo es gilt, ein großes Werk zu verrichten, das die Anspannung aller Kräfte erfordert, da ordnen wir uns den Reichen ein — wie gegenwärtig bei dem Kampfe um die

Menschenrechte im Preußenland, ein Kampf, bei dem, wenn uns nicht alles trägt, den Gewerkschaften der letzte, große, entscheidende Schlag vorbehalten ist.

Wir werden uns an diesem Kampfe beteiligen um der großen, allgemeinen Sache des Rechtes und der Freiheit, aber auch der besonderen Sache der Arbeiter und unserer gewerkschaftlichen Aufgaben willen. Der preussische Alp lastet nicht nur auf Deutschlands politischer, sondern auch auf dessen sozialpolitischer Entwicklung; der preussische Junker und Scharfmacher registert kraft des Dreiklassenwahlrechts auch in Deutschland, und ihm ist es zu schulden, daß die großen Forderungen der Arbeiterklasse: Koalitionsfreiheit, Maximalarbeitszeit usw. noch immer ihrer Erledigung harren; ihm ist es zuzuschreiben, daß die Landarbeiter in Preußen noch ebenso rechtlos sind wie die Staatsarbeiter — daß demnach große Teile des Proletariats verhindert sind, sich ihren organisierten Brüdern in dem Streben nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen anzuschließen. Wir müssen also schon im Interesse unserer Gewerkschaftsarbeit den Kampf gegen die preussische Dreiklassenmacherei mitführen, wenn wir nicht die eigenen Grundsätze und Aufgaben preisgeben wollen. Wie stellen sich nun die anderen gewerkschaftlichen Organisationen zur preussischen Wahlrechtsfrage? Da sei zunächst festgestellt, daß der Zentralrat der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine zu der Frage bereits Stellung genommen hat, indem er an die preussische Regierung und den Landtag unter eingehender Begründung das dringende Ersuchen richtete, noch in der laufenden Session ein Gesetz zu erlassen, das unter entsprechender Abänderung der preussischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe einführt und die Wahlbezirke der Volksverschiebung entsprechend neu einteilt. — In Rheinland-Westfalen, wo die Hirsch-Duncker'schen politisch am weitesten nach links stehen, sind sie bemüht, im liberalen Bürgertum eine Wahlrechtsbewegung zu entfalten. Ist der Erfolg auch gering und wird er es auch aller Voraussicht nach bleiben, so soll doch der gute Wille der Gewerksvereine anerkannt werden.

Und die christlichen Gewerkschaften? Sie verhalten sich wie immer, wenn es ernstlich was für die Volks- und Arbeiterfrage zu tun gibt, untätig. Ihre Abhängigkeit vom Zentrum verbietet ihnen, sich an einer Sache zu beteiligen, die den reaktionären Absichten dieser Partei widerspricht. Ohne Zweifel ist das Zentrum im Grunde gegen eine freiheitliche und volkstümliche Gestaltung der Dinge in Preußen, namentlich gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Wenn es je eine dahingehende Absicht gehabt hätte, würde es schon längst von seiner Macht im Reich und in Preußen, würde es schon längst von seinem Einfluß auf die Massen den nötigen Gebrauch zur Durchführung dieser Absicht gemacht haben. Aber das Zentrum hat diese Absicht nie gehabt, und deshalb verhält es sich auch jetzt passiv; es läßt seine Massen schlafen und denkt nicht daran, durch eine Volksbewegung von unten auf die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern. Und weil das Zentrum nicht will, deshalb wollen auch die Herren Giesberts, Schiffer, Wiedeberg und Genossen nicht, die Abgeordneten von Zentrums Gnaden — und deshalb verhalten sich auch die christlichen Gewerkschaften ruhig. Wir wissen, daß die christlichen Führer für diese ihre Passivität ihre „Rechtfertigung“ haben: die berühmte „politische Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften. Die Wahlrechtsfrage ist eine politische Frage, und deshalb hat sich eine zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter berufene Organisation von der Beschäftigung mit dieser Angelegenheit fernzuhalten. Nichts ist widersinniger als eine derartige Begründung. Das Wahlrecht ist der Angelpunkt nicht nur des politischen, sondern auch des wirtschaftlichen und sozialen Lebens; vom Wahlrecht hängt die Gestaltung der Einrichtungen und Gesetze ab, deren Beschaffenheit, ob gut oder schlecht, die Lage der Arbeiter und die Möglichkeit, sie zu bessern, bestimmen. Das Wahlrecht ist deshalb ebenso sehr eine gewerkschaftliche wie eine politische Frage. Das haben ehemals die Christlichen selber eingesehen und zugestanden. In der programmatischen Schrift, die sie nach ihrem ersten Kongress — Mainz 1899 — erscheinen ließen, werden die christlichen Gewerkschaften auf die Verfolgung wirtschaftlicher Aufgaben hingewiesen, dann aber heißt es:

„Nur ein politisches Grundrecht gibt es, das keine Organisation antasten lassen darf und wird, weil es niemals höhere Gründe geben kann, die einen Arbeiter zum Preisgeben dieses Rechtes bewegen dürften; dieses eine Grundrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Reichstagswahlrecht. Sollte daher eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß eine Organisation auch als solche gegen sie Stellung nehmen.“

Nun, was für das Reich gilt, das gilt auch für Preußen, um so mehr, als bekanntlich dem größten der deutschen Bundesstaaten Aufgaben von nicht geringerer Bedeutung als dem Reiche vorbehalten sind, als bekanntlich die Ausübung der durch den Reichstag geschaffenen Gesetze den Einzelstaaten zusteht und daher das Wahlrecht in diesen die notwendige Ergänzung zum Reichstagswahlrecht sein soll. Ebenso wichtig für die Arbeiter als die Erhaltung des Wahlrechts für das Reich ist die Eringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen. Die Bedeutung dieser Frage ist den Christlichen selbstverständlich nicht verborgen. Was veranlaßte Giesberts denn im Reichstag zu dem Entrüstungsruf: Fast muß man sich schämen, ein Preuße zu sein! War es nicht das Bewußtsein von der Entrechtung der Arbeiter, wie sie sich namentlich im Dreiklassenwahlsystem kundgibt, das jede Entwicklung zum Besseren im Reine erstickt. Und sagte nicht

der Generalsekretär Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongress: „Auch die christlichen Arbeiter empfinden diese Wahlsysteme, insbesondere dasjenige zu dem Landtag des größten deutschen Bundesstaates, als die denkbar größte Ungerechtigkeit; sie verlangen daher, daß endlich einmal mit diesem veralteten Klassenwahlrecht aufgeräumt wird.“ Stegerwald meinte dann weiter:

„Der preussischen Regierung läßt sich gewiß nicht der Vorwurf machen, daß sie unüberlegten sozialen Experimenten zugänglich sei. In den letzten Jahren hat sich's jedoch gezeigt, daß sie in sozialpolitischer Hinsicht viel mehr Verstandnis zeigt als das preussische Abgeordnetenhaus... Im preussischen Landtag scheint es geradezu Sitte zu sein, daß die sozialpolitischen Vorlagen der Regierung anstatt in verbesserter, in verschlechterter Form Gesetzeskraft erlangen. Und das nicht allein: bei verschiedenen Anlässen hat man die Gleichberechtigung der Staatsbürger vor dem Gesetz außer acht gelassen und gesetzliche Ausnahmsbestimmungen in Gesetze hineingebracht, die die Arbeiter schwer zu schädigen geeignet sind.“

Der Redner führte hierzu mehrere Beispiele an und meinte dann, seine Vorstellungen würden manchen Kreisen nicht angenehm in den Ohren klingen; auch pflege man christliche Arbeiter, wenn sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gäben, zu den Sozialdemokraten zu werfen; aber mit treuer ergebenen Trotteln, die keine Wünsche hätten, seien keine Eroberungen zu machen. Hier handle es sich darum, zu sagen, was ist und was fehlt!

Das war sehr mannhaft gesprochen. Als aber ein süddeutscher Delegierter den Kongress vor die wichtigste aller gegenwärtigen Fragen: die Wahlrechtsfrage stellen wollte, damit die Führer der christlichen Arbeiter befehlen sollten, was ist und was fehlt — da winkten die Herren ab, sie erwiesen sich der Regierung und den bürgerlichen Parteien als „treuergebene Trottel“, die in dieser Beziehung keine Wünsche hatten.

Es wird sich fragen, ob die christlichen Arbeiter ihren Führern es an Waschlappigkeit gleich tun oder ob sie, in der Erkenntnis, was gegenwärtig für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht, sich ermannen und ihre Führer zur Tat treiben wollen. In der Zollfrage, deren Wirkungen das Volk jetzt zu spüren bekommt, haben die christlichen Arbeiter versagt. Werden sie jetzt wiederum versagen oder werden sie aufwachen? Werden sie sich als Trottel oder als Männer erweisen?

Aus den Berichten der Arbeitersekretariate über das Jahr 1906.

IV. (Schluß.)

Bei den Krankenkassen verhält es sich mit den Beschwerden der Arbeiter anders als bei den Berufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten, weil hier die Mitglieder — wenigstens in den freien Hilfskassen und den Ortskrankenkassen — die Möglichkeit haben, die zur Beseitigung der vorhandenen Mißstände notwendigen Maßnahmen durchzuführen. Beschwerden liegen auch gegen die Krankenkasse vor, und zwar Beschwerden, die, wie im Breslauer Bericht gesagt wird, oft zu vermeiden wären, wenn sich einerseits die Kassenmitglieder über ihre Rechte und Pflichten, die im Statut festgelegt sind, orientieren würden, und wenn andererseits Vorstandsmitglieder und Redaktoren nicht immer nur das rein fiskalische Interesse der Kasse in den Vordergrund drängen würden. So entzog eine Kasse einem Mitglied das Krankengeld für eine volle Woche wegen einer Vergehens gegen die Kontrollvorschriften, trotzdem im Statut ausdrücklich vermerkt ist, daß höchstens der dreifache Betrag des täglichen Krankengeldes in Abzug gebracht werden kann. Das Sekretariat mußte erst bewirken, daß die Angelegenheit zugunsten des Mitglieds geregelt wurde. In einem anderen Fall veranlaßte der Vorstand einer Ortskrankenkasse die Herabsetzung des Krankengeldes während der Krankheit, weil das Mitglied, ein 20jähriger junger Mensch, nicht formell „freigesprochen“, das heißt zum Gehilfen erklärt worden ist. Auf die vom Arbeitersekretariat eingelegte Beschwerde wurde die Kasse verurteilt, das Krankengeld in der früheren Höhe zu zahlen. Die anderen Berichte bringen ebenfalls Beispiele dafür, daß die Kassenverwaltungen in engherziger oder gar direkt unzulässiger Weise erkrankte Kassenmitglieder zu schädigen suchten.

Aufgabe der aufgeklärten Arbeiter muß es sein, die Beschwerden der Mitglieder in den Generalversammlungen der Kassen zur Sprache zu bringen und Abhilfe der Mißstände zu verlangen. Wo dies geschieht, bewährt sich die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen aufs Beste.

Seit ist aber das Interesse der Arbeiter an den Krankenkassenangelegenheiten in vielen Orten noch ganz ungenügend. Ein Teil der Arbeiter scheint zu glauben, daß es genügt, wenn möglichst tüchtige und zuverlässige Arbeitervertreter in die Verwaltung gewählt werden. Das ist ein Irrtum. Auch die besten Kräfte können nicht die Verwaltung in dem nötigen Maße den Bedürfnissen der Mitglieder anpassen, wenn letztere nicht selbst mitarbeiten, etwaige Mängel zur Kenntnis des Vorstandes bringen und auf die erforderlichen Verbesserungen hinwirken. Die Arbeitervertreter sind auch nicht allwissend. Soweit sie mit der Kassenverwaltung in Berührung kommen, klappt in der Regel alles. Die Kassenbeamten bemühen sich dann selbstverständlich, jeden Grund zu einer Beschwerde zu vermeiden. Wie es aber sonst mit der Praxis der Kassenverwaltung aussieht, ist eine andere

Frage. Hier ist die Mitarbeit der Kassenmitglieder unerläßlich. Erst in dem Maße, wie die Kassenmitglieder an den Kassenangelegenheiten tätigen Anteil nehmen, ist in Wahrheit die Selbstverwaltung der Arbeiter durchgeführt.

Die Stellung der Arbeitersekretariate zu den Kassenverwaltungen ist denn auch eine ganz andere, je nachdem es sich um Kassen handelt, die wirklich durch die Mitglieder selbst, oder die durch einige wenige Kassenrößen verwaltet werden. Im ersteren Falle, wenn die Kassenverwaltungen es als selbstverständlich ansehen, daß sie auf die berechtigten Wünsche der Mitglieder Rücksicht zu nehmen haben, werden die Anfragen der Arbeitersekretariate bereitwillig untersucht und, falls eine unbegründete Beschwerde vorliegt, die nötige Auskunft gegeben, im übrigen gern ein unterlaufener Fehler, — der auch in der besten Verwaltung vorkommen kann — wieder gut gemacht. Viele Sekretariatsberichte heben denn auch hervor, daß die Beschwerden in den Kassenangelegenheiten zum Teil in dieser Weise glatt erledigt worden sind.

Um so unerfreulicher ist der Verkehr der Arbeitersekretariate mit solchen Kassenverwaltungen, die sich über jede Kritik erhaben fühlen. Sie antworten zunächst entweder gar nicht oder weisen die Beschwerde kurz mit nichtsfagenden Redensarten ab. Ja, leider sind die Fälle nicht ausgeschlossen, in denen die Verwaltungen die klarsten Rechte erkrankter Mitglieder bestreiten. Selbstverständlich muß gegen solche Kassenverwaltungen Beschwerde an die Aufsichtsbehörde eingeleitet werden.

Ein jeder solcher Fall — wofür es sich nicht etwa um eine juristische Streitfrage handelt, die noch nicht endgültig entschieden ist — ist ein Armutzeugnis für die Mitglieder, die nicht fähig sind, für eine den Interessen der Mitglieder dienende Verwaltung zu sorgen. Hier sollte jeder aufgeklärte Arbeiter mithelfen, eine gründliche Änderung herbeizuführen.

Je mehr das Interesse der Arbeiter für die Krankenkassenangelegenheiten geweckt wird, um so leichter werden die Arbeiter auch mit den Schwindelkassen fertig. Allerdings sind im letzten Jahre wieder viele Arbeiter durch die Schwindelkassen geschädigt worden. Auf der anderen Seite geht aus den Arbeitersekretariatsberichten aufs Klarste hervor, daß unsere bisherige Aufklärungsarbeit auch in dieser Beziehung nicht vergeblich gewesen ist: den Schwindelkassen ist vielfach dadurch der Boden entzogen, daß die Arbeiter sich nicht mehr täuschen lassen und daher von den Kassen fernbleiben. Mögen die Vertrauensleute der Arbeiter und ganz besonders die Arbeitersekretariate sowie die Arbeiterpresse auch fernerhin durch unermüdete Aufklärungsarbeit gegen die Schwindelkassen vorgehen. Das ist das beste Schutzmittel gegen dieses Übel.

Schwieriger ist der Kampf gegen die anderen Mängel unseres Krankenversicherungswesens: gegen die arbeitserfindliche Praxis der Betriebskrankenkassen und der Innungs-Krankenkassen. Die Berichte der Arbeitersekretariate enthalten sehr viele Belege dafür, daß ein Teil dieser Kassen ganz ebenso wie die Berufsgenossenschaften planmäßig darauf hinausgehen, die Krankenfürsorge möglichst billig zu machen, auch wenn darunter die erkrankten Arbeiter aufs schwerste zu leiden haben. Es ist erstaunlich, unter welchen, dem Gesetz Hohn sprechenden Vorwänden das mitunter geschieht. Ein Arbeiter, der zirma zehn Wochen in einer Fabrik in Zweibrücken gearbeitet hatte und Mitglied der Fabrikkrankenkasse war, machte, nachdem er erkrankt, Ansprüche auf die statutenmäßigen Leistungen der Kasse. Mittels einer Postkarte wurde ihm erklärt, daß er unter keinen Umständen Rechte an die Kasse habe, weil er bei seinem Eintritt versprochen habe, er bleibe Mitglied seiner früheren Kasse, ebenfalls einer Betriebskasse. Dazu bemerkt das Arbeitersekretariat in Mannheim, dessen Bericht wir das Beispiel entnehmen, mit Recht: „Daß diese letzte Behauptung der Kasse von dem Arbeiter bestritten wird, ist hier nebensächlich, wohl aber mußte die Kasse wissen, daß der Arbeiter der Betriebskasse eines anderen Betriebes nach dem Gesetz gar nicht mehr angehören durfte.“ Dies ein aufs Geratewohl herausgegriffenes Beispiel.

Die Unzufriedenheit der beteiligten Arbeiter mit den Betriebs- und Innungs-Krankenkassen ist denn auch sehr groß. Jedoch machen es die gesetzlichen Bestimmungen und die Abhängigkeit der Arbeiter von ihrem Unternehmer sehr schwer, die notwendigen Verbesserungen durchzuführen. Hier kann nur die Beseitigung dieser Kassen und Zusammenschluß der Arbeiter zu leistungsfähigen Ortskrankenkassen helfen.

Dem stehen gegenwärtig die Aufsichtsbehörden im Wege. In mehreren Städten haben die Arbeiter die Anregung dazu gegeben, daß sich wenigstens die vielen kleinen Ortskrankenkassen zu größeren vereinigen. Die Aufsichtsbehörden suchen das aber nur zu oft direkt oder indirekt zu verhindern. Die Arbeiter sollten sich jedoch dadurch nicht abschrecken lassen, sondern jedes Jahr ihre Forderungen erneuern, bis sie damit durchdringen.

Endlich haben die Krankenkassen schwer unter dem Konflikt mit den Ärzten zu leiden. Der Konflikt muß jedoch ausgeglichen werden, bis sich die Ärzte dazu verstehen, die nötige Rücksicht auf die Selbstverwaltung der Arbeiter zu nehmen und die Regelung des ärztlichen Dienstes den Interessen der Mitglieder anzupassen. Die Berichte aus den Orten, in denen es den Ärzten gelungen ist, die Kassen in ihre Gewalt zu bekommen, zeigen, wie schwer dadurch die Kassen geschädigt werden. Ein bezeichnender Fall hat sich in Bremen abgespielt: Ein Mitglied einer dortigen Familienkrankenkasse war mit einem der beiden Ärzte der Kasse in ernste Differenzen geraten. Der zweite Arzt erklärte, daß auch er mit Rücksicht auf seinen Kollegen das Mitglied nicht mehr behandeln. Infolgedessen sah sich der Kassenvorstand gezwungen,

das Mitglied aus der Kasse auszuschließen, obgleich dazu nach dem Statut kein Grund vorlag. Die Ärzte waren aber mächtiger als Gesetz und Recht. Ein schönes Zukunftsbild für die Arbeiter. Zugleich aber auch eine Mahnung für die Arbeiter, mit allen ihren Kräften für ihr Selbstverwaltungsrecht in ihren Krankenkassen einzutreten.

Wir sind in diesem Jahre auf die jüngsten Mitteilungen der Berichte, welche die Arbeiterversicherung betreffen, ausführlicher eingegangen, weil diese Fragen in den nächsten Wochen den Reichstag ganz besonders beschäftigen werden. Daher war es wohl berechtigt, daß wir unsere Leser in erster Linie mit den Beobachtungen der Arbeitersekretariate auf diesem Gebiete bekannt gemacht haben.

Soziales.

Die Pläne der Scharfmacher im Baugewerbe.

Am 21. Oktober 1907 hat der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten mit der Tagesordnung: „Festsetzung eines Vertragsmusters und einheitlicher Grundzüge für den Abschluß von Tarifverträgen“. Diese Versammlung tagte unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit, auch die Presse war nicht zugelassen worden, denn es sollten dort die geheimsten Pläne der Scharfmacher enthüllt werden. Wie es aber so häufig geht, geschah es auch hier: der „streng vertrauliche“ Verhandlungsbericht flog auch, von einem günstigen Wind getragen, der Redaktion des „Grundstein“ zu, und diese bringt ihn in einer vier Seiten umfassenden Beilage zur Kenntnis derjenigen Arbeiter, welche die geheimen Verhandlungen am meisten interessieren, nämlich der deutschen Maurer.

Am Kopfe des Schriftstückes heißt es: „Die doppelt unterstrichenen Stellen sind streng vertraulich zu behandeln“, und eine solche streng vertraulich zu behandelnde Stelle findet sich schon in der Wiedergabe der Einleitungsworte des Bundesvorsitzenden, des fattsam bekannten Herrn Felsch. Es heißt da:

„Er, Redner, sei nun überzeugt, daß die Annahme der Beschlüsse dem Bunde sehr viele neue Mitglieder zuführen wird, so daß man, wovon uns jedoch die Verhältnisse recht lange bewahren mögen, und nur wenn unbedingt erforderlich, bei Aussperrungen, Boykottierungen, bei Forderung der achttündigen Arbeitszeit usw. eine Kraftprobe wagen können und eine Aussperrung in großem Umfang, und als Endziel über ganz Deutschland, wird durchführen können.“

Die Herren bereiten sich also zu einer großen Machtprobe vor, zu einer Aussperrung der Bauarbeiter in ganz Deutschland. Diese Vorbereitungen sind schon seit einigen Jahren in Angriff genommen und haben auf der ebenfalls unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Generalversammlung am 19. Februar 1907 in Köln zu folgenden Beschlüssen geführt:

1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910 oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen.
2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden.
3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenen Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen.
4. Der 1. Mai darf in keinem Vertrag als Feiertag zugestanden werden.“

Diese Beschlüsse sind den Verbänden unterm 22. März als streng vertraulich zu behandelnde Nachachtung mitgeteilt worden. Zur Laufe des Frühjahres und Sommers fanden weitere Verhandlungen derjenigen Bezirksverbände statt, deren Verträge im Frühjahr 1908 ablaufen, bei welchen der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe beauftragt wurde, auch einen Normalarbeitsvertrag auszuarbeiten. Dieser Vertragsentwurf lag nun der Generalversammlung vor. Seinen Bericht über das, was bisher in der Sache geschehen, schloß der Vorsitzende mit den ebenfalls „streng vertraulich“ zu behandelnden Worten:

„Das Endziel ist nämlich, wie bereits in den einleitenden Worten ausgesprochen, darauf gerichtet, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigkeit erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung größeren Umfangs angedroht und durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes... Wenn es aus Anlaß des gemeinsamen Vorgehens zu einem Bruch mit den Arbeiterorganisationen kommen sollte, so wird natürlich bestimmt vorausgesetzt, daß sich an einer vorzunehmenden Aussperrung auch diejenigen Verbände beteiligen, die keine Verträge abgeschlossen haben.“

Auf die eigentlichen Verhandlungen können wir, so interessant sie auch sind, an dieser Stelle nicht näher eingehen. Die Scharfmacher haben sich auf ein Vertragsmuster geeinigt, welches den Arbeitern aufgezungen werden soll. Wenn auch die eigentlichen Verträge von den Unter-verbänden abgeschlossen werden sollen, so ist diesen doch vorgeschrieben, daß allgemeine Lohnherabsetzungen nicht gewährt werden dürfen und daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht zulässig ist.

Den gefaßten Beschlüssen entsprechend ist bisher auch gehandelt worden. Wir haben bereits in der vorigen Nummer nach den Berichten der bürgerlichen Tagespresse mitteilen können, daß am 30. November sämtliche dem Deutschen

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dem Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen angehörigen Unternehmervereine alle von ihnen abgeschlossenen Verträge, welche im Jahre 1908 ablaufen, gekündigt haben. Es bleibt nun abzuwarten, was weiter geschieht, und ob es den Scharfmachern im Baugewerbe gelingt, ihre sauberen Pläne zur Durchführung zu bringen. Für alle Fälle ist die Veröffentlichung des Geheimprotokolls ein Vorteil, denn dadurch wird den Scharfmachern das Konzept verdorben. Wenn sie künftig wieder einmal versuchen sollten, sich der Öffentlichkeit als die bedrängte Unschuld vorzustellen, deren sehnlicher Wunsch nach einem friedlichen Zustand im Gewerbe von den bösen Gewerkschaften immer wieder durchkreuzt wird, dann wird man ihnen dieses Geheimprotokoll um die Ohren schlagen.

Die Verhandlungen des Scharfmacherverbandes im Baugewerbe werfen aber auch ein bezeichnendes Licht auf die Pläne des Arbeitgeberschutzverbandes in der Holzindustrie. Der Gedanke ist sehr naheliegend, daß die Unternehmer im Baugewerbe und die in der Holzindustrie nach dem gleichen Plane arbeiten. Die Annahme, daß Herr Rahardt bei der so geflüstert an den Tag gelegten Tariffreundschaft sich in erster Linie von der Absicht leiten läßt, die Arbeiter zu überbügeln, ist durchaus naheliegend. Bestärkt wird diese Annahme, wenn man sich die Tätigkeit näher betrachtet, die Herr Rahardt außerhalb des Arbeitgeberschutzverbandes für die Holzindustrie entfaltet. Als Vorsitzender des Verbandes Berliner Unternehmerverbände finden wir die Unterschrift des Herrn Rahardt unter dem Protokoll der ordentlichen Generalversammlung dieses Verbandes vom 29. Mai 1906. Dort wurde unter anderem über den Wert von Tarifverträgen verhandelt und dabei zum Ausdruck gebracht:

„... Besser sei es daher, wenn die Arbeitgeberorganisationen sich stark genug fühlen, sich nicht auf Tarifverträge einzulassen. Schließt man jedoch Tarifverträge, so müsse dafür Sorge getragen werden, daß der Ablaufstermin dieser Verträge für dasselbe Gewerbe in den verschiedenen Orten auf dasselbe Datum festgesetzt wird, indem dadurch die Arbeitgeber in die Lage versetzt werden, sich bei Abschluß der Verträge gemeinsam zu unterstützen.“

Das ist also die Ansicht des Herrn Rahardt über Tarifverträge. Er betrachtet sie nicht etwa als „gewerbliche Friedensdokumente“, sondern als Mittel, die Arbeiter zu unterdrücken und sie an dem Streben nach Besserung ihrer Lage zu hindern.

In dem Augenblick, in dem wir dies schreiben, finden in Berlin die angekündigten Verhandlungen zwischen den Vertretern des Arbeitgeberschutzverbandes für das Baugewerbe und den Vertretern der Arbeiterorganisationen statt. In dem Ausgang dieser Verhandlungen wird man ermeßen können, ob es den Unternehmern Ernst war mit dem Schaffen gesunder Zustände in der Holzindustrie, oder ob die von ihnen gewünschten Verhandlungen nur eine Maske waren, hinter welcher sie ihre unverföhnliche Arbeiterfeindschaft verbergen. Ein bestimmtes Urteil zu fällen, ist heute nicht möglich; aber gleichviel, welches Resultat die Verhandlungen zeitigen, die neuesten Enthüllungen aus dem Lager der Unternehmer müssen es auch dem rückständigsten Arbeiter zeigen, daß gegenüber den schönen Reden aus jenem Lager das schärfste Mißtrauen am Platze ist. Der beste Schutz gegen die Vergewaltigungspläne der Scharfmacher ist der Ausbau unserer Gewerkschaft.

Ueber die Entwicklung des Innungswesens in Preußen bringt das Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung einige interessante Mitteilungen. In der Zeit vom Juli 1902 bis zum 1. September d. J. hat sich die Zahl der freien Innungen von 5582 auf 5857, die Zahl der Zwangsinnungen von 2181 auf 2637 und die Zahl der Innungsaussschüsse von 140 auf 233 vermehrt. Aufgelöst sind in der gleichen Zeit 344 Zwangsinnungen. Aber die Zahl der Mitglieder der Innungen, welche für die richtige Beurteilung des Innungswesens von Bedeutung wäre, sind leider keine Mitteilungen gemacht. Erwähnt sei nur, daß bei der Innungsbildung die östlichen Provinzen weit stärker beteiligt sind als der Westen, wo die Gewerbevereine vorherrschen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Januar: Aachen 10 Pf., Tann a. d. Rh. 10 Pf.

Für die in Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Bewerbung ausgeschriebenen beiden Hilfsarbeiterstellen im Verbandsbureau sind vom Vorstand und Ausschuß die Kollegen Heinrich Ehrlich, Tischler in Breslau, und Franz Schlemminger, Tischler in Weiskesee, gewählt worden. Die beiden Gewählten werden noch im Laufe des Monats Dezember ihr Amt antreten. Die übrigen Bewerber bitten wir, von dem Resultat der Wahl auf diesem Wege Kenntnis zu nehmen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 312 Max Ramm, jugendliches Mitglied, geb. 8. 8. 91 zu Frankfurt a. D.
- 192012 Paul Laškowski, Pokierer, geb. 28. 5. 88 zu Gising.
- 318771 Herrn. Hoffmann, Tischler, geb. 20. 11. 72 zu Schweidnitz.
- 399112 Karl Reinhardt, Tischler, geb. 5. 9. 80 zu Neuwied.
- 418037 Wilh. Walzweit, Tischler, geb. 9. 3. 78 zu Bahleindorf-Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstand.

Eine Konferenz der Korbmacher der Geschloßkorbbranche

fand am 3. November in Berlin statt. Vertreten war die Zentralkommission der Korbmacher durch Schunke, Schwedler, Richter, Schulz und Krause, Spandau durch Hesse, Grimma durch Winter, Zeitz durch Erbe, Hamburg durch Bock und Freudenthal, Bernburg durch Wötter und Nöfel; Mülberg war nicht vertreten. Ferner waren anwesend vom Hauptvorstand Leipzig und Becker und vom Gauvorstand Nürnberg Stein. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Lage in der Geschloßkorbbranche.

Hierzu führte Kollege Leipzig aus, es bestehe nach den Informationen des Hauptvorstandes die Gefahr, daß die Geschloßkörbe von Norddeutschland, wo die Organisation fester Fuß gefaßt hat, verdrängt werden, um dann in Süddeutschland, wo weniger organisierte Kollegen in Frage kommen, für einen weit geringeren Lohn angefertigt zu werden. Es liege aber im Interesse der organisierten Kollegen, Mittel und Wege zu finden, die es ermöglichen, den geringen Werten, den diese staatliche Periodenarbeit mit sich bringt, ihnen zu erhalten. Dies sei der Zweck dieser Konferenz, der hoffentlich erreicht werde.

Kollege Stein teilt mit, daß eine Firma in Dinkelsbühl 80 000 Körbe (Drillinge) anfertigen lassen solle, wofür 2,20 Mk. Arbeitslohn gezahlt werde, was begreiflicherweise den Mißmut der norddeutschen Kollegen erzeuge. Hier werden 10 Korbmacher und 2 ungelernete Arbeiter beschäftigt. Es besteht das Bestreben, möglichst viele ungelernete Arbeiter zu den in Teilarbeit angefertigten Drillingen heranzuziehen. Der Fabrikant Krüger in Spandau versuche eine Werkstatt in Michelau zu errichten und will dort einen Arbeitslohn von 2,50 Mk. zahlen. In Mittwich werden 80 000 Stück angefertigt. Der ganze Lieferungspreis hierfür beträgt 1,50 Mk.

Kollege Becker-Stuttgart teilt mit, daß in der Pfalz wie auch in Rheinfelden mehrere Firmen die Körbe für 4,50 Mk. angenommen haben. Diese Umstände drängen die Frage auf, ob der Arbeitslohn von 4,60 Mk. zu halten ist. Wenn die Unternehmer erst in diese Gegend gegangen sind und festen Fuß gefaßt haben, werden nach Norddeutschland keine Körbe mehr vergeben werden. Auch der Einheitspreis, den die Zentralkommission bei der ersten Ausgabe festgesetzt hat, wird bei einer Neuauflage seine Beschwerden machen, obwohl zu wünschen ist, daß alle Orte den gleichen Arbeitslohn erhalten.

Kollege Erbe-Zeitz wünschte, daß die Konferenz schon früher stattgefunden hätte, dann wäre mehr Einheitlichkeit erzielt worden. Die Zeitzer Kollegen sind Gegner der Teilarbeit.

Kollege Nöfel-Bernburg ist kein Gegner der Teilarbeit, aber der Meinung, daß der Preis nicht zu halten sei. Die Zentralkommission habe den Preis von 4,60 Mk. festgesetzt, ohne dazu berechtigt zu sein. Das gleiche trifft zu auf die in den „Vorwärts“ eingerückte Sperrannonce über die Firma Calm & Hahfeld in Bernburg.

Kollege Schunke-Berlin erklärt, daß diese Sperre ohne Hintertup der Berliner hineingekommen ist.

Kollege Wötter-Bernburg: Die Geschloßkorbfrage ist heute nicht mehr so leicht zu regeln, was vor allem Schuld des Hauptvorstandes ist, der schon früher eine Konferenz hätte einberufen müssen. Ein Fehler sei es auch, daß in Mülberg die Körbe mit Zustimmung des Hauptvorstandes für 4 Mk. angefertigt werden durften. Die Zentralkommission sei wohl berechtigt gewesen, einen Einheitspreis, und zwar von 4,60 Mk. festzusetzen.

Kollege Freudenthal-Hamburg wünscht, daß für die Folge der Preis einheitlich gezahlt werde und daß seitens der Organisation auf strenge Einhaltung der Vertragsbedingungen, vor allem, daß die Körbe in eigener Werkstatt des Submittenten angefertigt werden, geachtet wird. In den diesmaligen Bedingungen fehlt zwar dieser Passus, trotzdem ist dies Bedingung. Die Hamburger Kollegen sind der Meinung, daß über eine gewisse Höchstleistung nicht hinausgegangen werden sollte. Daß der Preis von 4,60 Mk. zu halten ist, glaube er nicht. Auch die Teilarbeit sei nicht mehr aufzuhalten. Die Teilarbeit bringe uns keinen Segen, wenn seitens der Kollegen die unannehmliche Bäherei eingestellt werde. In Bernburg sei es vorgekommen, daß 18 Gestelle an einem Tage angefertigt wurden. Es wäre zu wünschen, daß seitens der Zentralkommission ein Kollege in die in Frage kommenden Orte ginge, um in diesem Sinne zu wirken. Wenn es den Kollegen auch schwer werde, so sei eine Herabsetzung des Preises nicht mehr zu umgehen, doch dürfe unter 3,50 Mk. nicht heruntergegangen werden.

Kollege Hesse-Spandau erklärt, daß für Krüger-Spandau keine fertige Arbeit geliefert sei. Eine Festsetzung des Preises wünsche er heute nicht, es müsse vielmehr jedem Orte überlassen bleiben, so viel, wie nach Lage der Konjunktur und dem Stande der Organisation möglich ist, herauszuschlagen.

Kollege Schunke-Berlin erklärt, daß die Zentralkommission mit Ausnahme seiner Person gleichfalls der Meinung ist, daß der Preis von 4,60 Mk. nicht zu halten sei, und sich dem Vorschlag Hamburgs, unter 3,50 Mk. nicht herunterzugehen, anschließe. Er selbst ist der Meinung, daß die Reduzierung des Arbeitslohnes von 4,60 Mk. auf 3,50 Mk. nicht davor schützen könne, daß die Unternehmer nicht doch noch in Bayern ihre Körbe anfertigen lassen. Wenn dies auch geschehe, wäre es nicht so schlimm. Wenn die Geschloßkörbe nach Süddeutschland gehen, so werden auch dort die Kollegen in größere Betriebe zusammengedrängt, und es wird eher möglich sein, dort zu organisieren, als dies jetzt der Fall ist.

Kollege Stein-Nürnberg behauptet mit voller Bestimmtheit, daß für Krüger-Spandau Wöden in Michelau angefertigt wurden. Auch sei den süddeutschen Unternehmern auf Grund der billigen Preisannahme Lieferungsfrist bis 1910 gewährt.

Kollege Bock-Hamburg ist nicht so pessimistisch als der Hauptvorstand. Der Hauptdruck sei noch zu erwarten. Bis jetzt habe die Militärbehörde erst versucht. Die bayerischen Kollegen scheiden bei der Festsetzung eines Minimalpreises aus. Er sei gleichfalls für 3,50 Mk. Jedoch sei Grundbedingung: Einheitspreis und Vermeidung der übermäßigen Mühserei. Auch die Teilarbeit sei kein Nachteil. An die Ausführungen Schunkes glaube er nicht. Ferner wäre zu wünschen, daß die Zentralkommission in ähnlich wichtigen

Fragen, wie es die Festsetzung des Einheitspreises war, sich vorher an verschiedene Zahlstellen wende und deren Meinung einhole.

Kollege Becker-Stuttgart erklärt noch, daß ihm mitgeteilt sei, zwei Körbe (Drillinge) seien pro Tag zu machen. Dadurch ist vorauszusehen, daß die Kollegen bei einem eventuellen Kampfe mit den Unternehmern es schwer haben werden, ihren alten Preis zu halten, und er wünscht nun endgültige Erklärung, was zu erreichen die Vertreter der verschiedenen Orte für möglich halten.

Die Kollegen Winter-Grimma und Hesse-Spandau sind gegen Festsetzung eines Einheitspreises, während Richter-Berlin und Freudenthal-Hamburg sich dafür erklären.

Nachdem Kollege Leipzig konstatiert hatte, daß die Teilnehmer der Konferenz sich einig sind, daß der jetzige Preis nicht zu halten ist, wurde beschlossen, einen Einheitspreis nicht dergestalt festzusetzen, daß nicht darüber gefordert werden dürfe, sondern daß je nach den Verhältnissen (Material und anderes) auch ein höherer Preis verlangt werden solle, daß aber unter einen Minimalpreis nicht heruntergegangen werden darf. Die Zentralkommission, Berlin und Freudenthal-Hamburg schlagen 3,50 Mk. vor, Wötter-Bernburg wünscht bis 3 Mk. herunterzugehen. Für 3,50 Mk. erklären sich Berlin, Hamburg, Spandau und Zeitz, für 3 Mk. Bernburg und Grimma. Unter den vorgenannten Voraussetzungen wurden noch nachfolgende Minimalpreise beschlossen: Geschloßkörbe, runde, 28 Zentimeter Durchmesser, 92 bis 94 Zentimeter hoch 1,10 Mk., 19 Zentimeter Durchmesser 90 Pf., Wägelkörbe 95 Pf., 67 Zentimeter-Körbe 70 Pf.

Die Kollegen Bock und Freudenthal-Hamburg wünschen allgemeine Maßnahmen, um der großen, fast entwürdigenden Schinderei zu begegnen. Es wurde jedoch beschlossen, daß die Zahlstellen selbst zu prüfen haben, inwiefern weit gegen die Interessen der Organisation verstoßen wird.

Kollege Leipzig rügte dann im Namen des Hauptvorstandes, daß die Zentralkommission mehrfach zu weit gegangen wäre, sich überhaupt den Anordnungen des Vorstandes nicht immer gefügt habe. Bei Wiederholung derartiger Fälle müsse der Hauptvorstand erwägen, ob nicht die Auflösung derselben zu erfolgen habe. Kollege Schunke-Berlin bestreitet, daß die Zentralkommission ihre Befugnisse überschritten habe. Von allen Teilnehmern der Konferenz wurde dann noch gewünscht, daß bei den bevorstehenden Entlassungen darauf zu achten sei, daß nicht so viel Umfrage gehalten wird, sondern daß die Kollegen den Arbeitsnachweis zu benutzen haben.

Wenn hier von den Teilnehmern der Konferenz, die das Vertrauen ihrer Zahlstellenkollegen besitzen, beschlossen wurde, im gegebenen Falle unter den bisher gezahlten Preis herunterzugehen, so geschah es nicht deshalb, weil sie glaubten, der bisher gezahlte Preis sei ein zu hoher, oder daß sie sich nicht getrauten, mit ihren Kollegen in den Kampf zu treten, sondern lediglich im Interesse der organisierten Kollegen selbst. Sie glaubten durch ein Entgegenkommen den Arbeitgebern die Waffe genommen zu haben, daß die Arbeiter zu keiner friedlichen Verständigung zu haben seien, den Arbeitern aber einen Kampf erspart zu haben, zum Vorteil ihrer selbst. Daß eine Verständigung auf Grund des Konferenzbeschlusses erzielt wird, daran zweifeln wir nicht. Es liegt nun an den Kollegen, diesem Beschluß Geltung zu verschaffen und überall dort, wo es versucht wird, denselben zu durchbrechen, die energigsten Maßnahmen zu ergreifen, so wird auch diese Konferenz den gewünschten Erfolg haben.

Agitation im Gau Düsseldorf.

Zu einer Agitationstour, die 22 Versammlungen umfaßte, war ich im Monat November im Gau Düsseldorf. Der Zweck dieser Versammlungen, in welchen durchweg „Die Tarifbewegung in der Holzindustrie“ auf der Tagesordnung stand, war, die Kollegen auf die Bedeutung der Verhandlungen hinzuweisen, welche seit Beendigung des großen Kampfes im verflochtenen Frühjahr zwischen den Vorständen der Arbeiter- und Unternehmerorganisation in der Holzindustrie geführt werden. Zum Verständnis dieser Vorgänge war es nötig, die Entwicklung unserer Streitkräfte und die Umherungen, welche unser Streikreglement im Laufe der Zeit erfahren hat, einer Besprechung zu unterziehen. Diese historischen Reminiscenzen machten, wie mir wiederholt versichert wurde, bei vielen Kollegen den Wunsch regte, eine umfassende Geschichte der Holzarbeiterorganisation zu besitzen, welche leider bisher noch nicht geschrieben wurde. Hinsichtlich der aktuellen Vorgänge kann konstatiert werden, daß die vom Verbandsvorstand eingeschlagene Taktik allgemeine Billigung fand. Die Kritik, die vereinzelt geübt wurde, betraf nur Einzelheiten, während die Gesamthaltung anerkannt wurde.

Was den Besuch der Versammlungen anlangt, so kann derselbe im Allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden. Wer allerdings zu einer Agitationstour auszieht in der Hoffnung, nicht nur sämtliche Verbandsmitglieder, sondern auch noch eine größere Zahl unorganisierte Kollegen in den Versammlungen vorzuführen, wird durch die tatsächliche Zahl der Versammlungsbesucher leicht enttäuscht sein. Man darf eben nicht vergessen, daß solche umfassende Versammlungen nur zustande zu bringen sind, wenn es im eigenen Hause brennt; sonst darf in der Regel nur mit einem gewissen Prozentfuß der Berufsangehörigen als Versammlungsbesucher gerechnet werden, einem Prozentfuß, der um so kleiner ist, je mehr Mitglieder die betreffende Zahlstelle zählt. Indem ich diese Tatsache konstatiere, will ich sie keineswegs gut heißen; ich führe sie lediglich an, um zu erklären, weshalb ich von gut besuchten Versammlungen auch dann spreche, wenn die Zahl der Versammlungsteilnehmer nicht so groß war als die der Verbandsmitglieder am Orte. In diesem Sinne kam ich von einer gut besuchten Versammlung in Dortmund zu sprechen, während die Versammlungen in Düsseldorf und ganz besonders die in Warmen zu wünschen übrig ließen. In Köln, wo einschließlich der Vororte drei Versammlungen stattfanden, kann der Besuch als befriedigend bezeichnet werden; allerdings waren die Versammlungsteilnehmer in Ehrenfeld und Deuz verhältnismäßig zahlreicher besucht als die in Köln selbst. In einigen Orten, die ich besuchte, haben die Kollegen mit Votalschwierigkeiten zu rechnen, deren sie auf verschiedene Weise

Herr zu werden sich bemühen. In Gelsenkirchen steht den Gewerkschaften seit kurzem ein größerer Saal als einziger Lokal zur Verfügung, welches den polizeilichen Anforderungen für eine öffentliche Versammlung entspricht. In diesen Saal, welcher, wie eine Inschrift an der Wand besagt, von der Polizei für 1000 Personen geeicht ist, wurde auch die öffentliche Holzarbeiterversammlung einberufen, zu welcher wenig mehr als 100 Personen zu erwarten waren, von denen aber nur etwa 80 erschienen. Eine Versammlung unter solchen Verhältnissen gehört ja nicht gerade zu den Annehmlichkeiten, doch mußte sie in den Kauf genommen werden, wenn man sich nicht auf eine Mitgliederversammlung beschränken wollte. Einen recht schlechten Besuch wiesen die Versammlungen in Mülheim a. Ruhr und Beuel auf. Wären zur letztgenannten Versammlung nicht eine Anzahl Kollegen aus den benachbarten Ortschaften erschienen, dann hätte sie überhaupt nicht stattfinden können. Schwach besucht war auch die Versammlung in Münster i. W. Hier gab es aber eine recht interessante Diskussion, aus welcher ich den Eindruck gewann, daß dort einige tüchtige Kollegen tätig sind, denen zu wünschen wäre, daß ihre Lokalwünsche baldige Befriedigung finden, damit sie in die Lage kommen, ihren guten Willen noch mehr als seither in die Tat umzusetzen.

In den meisten Versammlungen kam es zu Diskussionen, die sich in der Regel im Rahmen des Referats bewegten. Meine Hoffnung, in der Domäne des christlichen Verbandes Gelegenheit zu finden, mich mit dessen Mitgliedern auszu-einandersetzen, wurde nur in bescheidenem Maße erfüllt. In Wanne nahmen einige christliche Kollegen das Wort, sie führten ihre Sache aber so ungeschickt, daß ich in die merkwürdige Lage kam, ihnen sagen zu müssen, daß sie ihre Organisation schwarzer malen, als ich das hätte tun können. Die Neben dieser Christen waren nicht nur von ihrem Standpunkt aus ungeschickt, die Redner legten auch so unanständige Diskussionsmanieren an den Tag, daß die Erbitterung, mit welcher ein Teil unserer Kollegen den Christen gegenübersteht, begreiflich wird. In Essen machte mir der christliche Lokalbeamte unter anderem den Vorwurf, den christlichen Verband hier zarter angefaßt zu haben, als das anderswo der Fall war. Er bemühte sich, den Nachweis zu erbringen, daß der christliche Verband kein „Mittgeschuch“ an unseren Verbandsvorstand gerichtet habe, um an den Verhandlungen in Cassel teilnehmen zu können. Seine eingehende Beweisführung rannete aber offene Türen ein, denn die fragliche Stelle meines Vortrags hatte nicht nur in Essen, sondern auch in den anderen Orten anders gelaundet, als dem Kollegen und auch dem Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes mitgeteilt worden war. Auch in Düsseldorf sprach der örtliche Beamte des christlichen Verbandes, er erklärte sich aber mit meinem Referat einverstanden und polemisierte nur gegen den Kollegen Peikert, der in derselben Versammlung Mißstände in Betrieben besprochen hatte. In verschiedenen anderen Orten wurde mir noch gesagt, daß Angehörige des christlichen Verbandes oder des Gewerksvereins anwesend seien, doch hat außer in den genannten Orten kein Gegner unserer Organisation das Wort genommen. — Im ganzen glaube ich sagen zu können, daß die Agitationstour ihren Zweck erfüllt hat.

M. Kayser.

Von der Agitation unter den Vergoldern.

Auf Wunsch des Gauvorstandes des zweiten Gaues besuchte ich die Zahlstellen Strelitz und Grabow in Mecklenburg, weil die dortigen Vergolder trotz Mundschreiben nichts mehr von sich hören ließen. In Strelitz besteht nur eine Goldleistenfabrik, und alle Vergolder waren vollzählig in der Versammlung erschienen. Auch sind alle organisierte. In der Versammlung waren 40 Personen anwesend. Dasselbe kann man nicht von den übrigen Holzarbeitern sagen, da dieselben nur etwa zur Hälfte organisiert sind und auch in der Versammlung schlecht vertreten waren. Der Geschäftsgang in der dortigen Goldleistenfabrik ist zurzeit ein guter und war auch das ganze Jahr hindurch ein ziemlich stabiler. Daher war bisher das Überstundenwesen an der Tagesordnung. Der gegenseitige Vereinbarung mit der Firma sollten aber in Zukunft Überstunden tunlichst vermieden werden.

In Grabow waren von 36 Organisierten 22 anwesend. Von den 14 organisierten Vergoldern 11. Unorganisierte waren in beiden Orten nicht anwesend. In Grabow ist der Geschäftsgang in der einen Goldleistenfabrik, um die es sich nur handelt, zurzeit ein befriedigender, während er den Sommer hindurch recht flau war, so daß, wie auch bereits in dem vorhergehenden Sommer, verkürzt gearbeitet wurde, was man früher gar nicht kannte. Noch sind in Grabow die Nachwehen des durch Verrat verlorengegangenen Streiks in der Goldleistenfabrik von Heinzius im Jahre 1901 zu spüren, da die Schuldigen immer noch tonangebend in der Fabrik sind und sich die Verhältnisse seitdem bedeutend verschlechtert haben. Der verlorene Streik hat so deprimierend auf die ganze Gewerkschaftsbewegung am Orte gewirkt, daß sich dieselbe bis auf den heutigen Tag noch nicht recht erholt hat. Der Fabrikant Heinzius produziert sich nämlich durch seinen Erfolg, den er durch Verrat eilicher seiner Arbeiter erreicht hat, als Scharfmacher unter den Unternehmern am Orte und sagte, sie sollen es ihm nur nachmachen. Er hätte die Arbeiter so zahlm bekommen wie Lämmer, daß sie ihn aus der Hand freissen! Doch auch diese Zeiten werden verübergehen, und es steht zu hoffen, daß sich in Grabow nicht zum zweitenmal solche Verräter unter den Arbeitern finden, die die ganze Gewerkschaftsbewegung schädigen. Am schlechtesten noch sind die Organisationsverhältnisse unter den Grabower Tischlern. Die Folgen sind lange Arbeitszeit und äußerst niedriger Lohn. Meist herrscht das Kost- und Logiswesen noch vor. Die Schiffszimmerer, welche auch dem Holzarbeiterverband angehören, sind besser organisiert, und demnach gestalten sich auch Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas günstiger.

In Strelitz sowie in Grabow wurde von den Vergoldern Klage geführt über den Verlust des „Korrespondenzblattes“, daß dadurch die Führung unter den Vergoldern verloren gegangen sei. Auch würde die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht mit dem Interesse wie das frühere „Korrespondenzblatt“ gelesen! Demgegenüber konnte ich nur erwidern, daß sie ja selbst die Schuld tragen, wenn die Führung verloren geht.

indem sie die zugesandten Fragebogen nicht mal beantworteten. Daß sie die „Holzarbeiter-Zeitung“ so wenig beachten, weil nicht jedesmal von den Vergoldern etwas darin steht, ist noch viel bedauerlicher und läßt darauf schließen, daß sie auch in unserem früheren „Korrespondenzblatt“ die Leitartikel nicht beachtet und nur nach Tratsch gesucht haben, wie irgend in einem Orte einer wieder mal runtergerissen wurde. Denn an guten, belehrenden Artikeln ist die „Holzarbeiter-Zeitung“ unserem früheren „Korrespondenzblatt“ doch mindestens gleich! Man sollte gerade meinen, daß die Kollegen an solchen kleinen, von allem Verkehr und geistigen Leben abgeschnittenen Orten mit Begier nach ihrem Fachblatt greifen und kaum den Erscheinungstermin erwarten könnten. Bildet doch eine solche Zeitung mit die einzige Dase in ihrer geistigen Einöde. Sonst fühlen sich auch die Streckler und Grabower Vergolder im Holzarbeiterverband wohl, und wir können nur den Wunsch hinzufügen, daß es ihnen gelingen möge, die übrigen noch fernstehenden Holzarbeiter dem Verband recht bald zuzuführen, damit die Vergolder in beiden Orten in der Gewerkschaftsbewegung mit an der Spitze marschieren. Auch plant man in Grabow wieder die Gründung eines Gewerkschaftsartikels und die Errichtung einer gemeinsamen Bibliothek, was sehr zu begrüßen wäre. Wenn auch nicht neue Mitglieder durch beide Versammlungen gewonnen wurden, so haben dieselben gewiß ihren Zweck nicht verfehlt und haben zur geistigen Aufmunterung und Anregung beigetragen, so daß man in Zukunft auch wieder mal was aus den Mecklenburger Landen hört.

Korrespondenzen.

Aue i. S. In der letzten Zeit hat uns ein hier vorgekommener Fall wiederum recht drastisch die Notwendigkeit der Organisation erwiesen. Im Laufe des Jahres war es uns gelungen, bei der Firma Seitz eine Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Jetzt glaubte aber Herr Seitz die Zeit gekommen, die gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen. Selbstverständlich gingen unsere Kollegen nicht darauf ein, sie erklärten vielmehr, daß sie nötigenfalls die Arbeit niederlegen würden. Doch ist es nicht dazu gekommen, denn durch das Eingreifen des Bauvorstandes gelang es, Herrn Seitz zu bewegen, von seinem Plane Abstand zu nehmen. Das wäre jedenfalls nicht gelungen, wenn die Kollegen nicht organisiert gewesen wären. Öffentlich entnahmen die uns noch fernstehenden Kollegen aus diesem Vorgang, wie notwendig es ist, daß sie sich alle dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen.

Belzig (Märk). Nach vieler Arbeit und Mühe ist es gelungen, am hiesigen Orte eine Zahlstelle zu gründen, welcher sofort 13 Kollegen der Holzpantinenfabrik von Menzel beitreten. Als das Herr Menzel erfuhr, kündigte er am 16. November den Organisationsplan, daß sie in 14 Tagen aufhören können. Am 30. November war Herr Menzel seine bei ihm jahrelang unter den elendesten Bedingungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Straßenpflaster, weil sie sich erlaubten, dem Deutschen Holzarbeiterverband beizutreten. Eine Verhandlung von Seiten des Kollegen Stuchte mit Herrn Menzel verlief ergebnislos. Leider haben sich bereits vier Arbeitswillige gefunden, welche nach Aussage eines dieser nützlichen Elemente ein besonderes Glück darin sehen, für Herrn Menzel bei eifriger Arbeitszeit für 1,80 bis 2 Mk. pro Tag zu schufteln. Wir ersuchen die Pantinenmacher, uns zu unterstützen, indem sie den Zuzug von Belzig fernhalten.

Berlin. Gemäß den Beschlüssen früherer General- und Vertrauensmännerversammlungen sollte am 1. November d. J. eine Neuordnung der Lokalunterstützungssache stattfinden. Es fanden deshalb auf Anregung Berlins Besprechungen mit den Vorortzahlstellen statt, um den Versuch zu machen, für das Berliner Lohngelände einheitliche Beiträge zu erheben und einheitliche Lokalaufschläge zu den Unterstützungen zu zahlen, daß dies unbedingt notwendig ist, haben die Beratungen ohne weiteres bewiesen. So zahlen einige Zahlstellen wohl recht hohe Kranten- und Arbeitslosenunterstützung zum Teil ohne oder mit geringer Karenzzeit, die jeder rechnerischen Grundlage entbehren, und die bisher nur gezahlt werden konnten, weil diese Zahlstellen weder mit großen Lohnkämpfen noch mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten. Die Kollegen, die aus der Provinz zu reisen, fahren eben nicht nach Charlottenburg oder Hildorf usw., sie kommen nach Berlin, treten hier in Arbeit, so daß auch bei guter Geschäftskonjunktur Berlin immer mit einer größeren Zahl Arbeitslosen zu rechnen hat. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß es Kollegen gibt, die eine recht sonderbare Auffassung über die Aufgaben der Zentralverbände haben, wie beispielsweise der Kollege Wohl in Charlottenburg (früher Verwaltungsmittglied daselbst), der auf dem Standpunkt steht, wenn die Einnahmen der Zahlstelle an Orte nicht ausreichen, der Hauptvorstand Zuschüsse zu leisten hat (wohlverstanden Zuschüsse zu den Lokalaufschlägen), ist es erklärlich, daß dadurch eine gewisse Konkurrenz der Zahlstellen untereinander besteht. Nun wäre es ja an und für sich gleich, wo die Kollegen Mitglied sind, aber das Vertrauen der Kollegen zu der Berliner Verwaltung, die mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen hat, wird sicher nicht dadurch gefördert. In einer früheren Gesamtvertrauensmännerversammlung wurde dies Verhalten der Zahlstellen in der Diskussion scharf gerügt und allseitig die Erwartung ausgesprochen, daß der nächste Verbandstag hierin Wandel schaffen würde. Berlin mit den angrenzenden Vororten gehört eben zusammen, oder wollen wir so verfahren wie die Holzzei, daß das, was drüben über der Straße passiert, uns nichts mehr angeht? Auf den eingangs erwähnten Besprechungen wurde nun der Versuch gemacht, etwas Einheitliches zu schaffen. Es wurden einheitliche Lokalaufschläge aufgestellt und eine einheitliche Karenzzeit vorgeschlagen. Den Aufstellungen wurde ein Beitrag von pro Woche 1 Mk., 75 Pf. und 60 Pf. zugrunde gelegt und demgemäß stufenförmige Unterstützungsätze bei Krankheit und Arbeitslosigkeit vorgeschlagen. Dann wurde die Vereinbarung getroffen, daß den Mitgliedern, welche von anderen Zahlstellen zu reisen, die die benannten Unterstützungsätze eingeführt haben, die gezahlten niedrigen Beiträge in höhere umgerechnet werden. Nachdem eine frühere Gesamtvertrauensmännerversammlung die Vorlage mit vorgeschlagenen Änderungen zur nachmaligen Prüfung an die auf der Vorortzahlstellenkonferenz

gewählte Kommission zurückverwiesen hatte, nahm die am 27. November abgehaltene Vertrauensmännerversammlung erneut dazu Stellung. Die Verhältnisse in Berlin haben sich inzwischen wesentlich verändert. Die hereinbrechende Krise macht sich naturgemäß zuerst in Berlin bemerkbar, so daß die Zahl der Arbeitslosen schon 2000 übersteigt, dabei macht sich ein starker Zuzug von Arbeitskräften von außerhalb bemerkbar. Hinzu kommt noch, daß die Führer der Berliner Holzindustriellen, die ihr Versprechen, den Holzarbeiterverband durch die vorjährige Aussperrung zu vernichten, nicht einlösen konnten, nunmehr versuchen, uns hinterrücks eins auszuwickeln. Anders kann man die Aufforderung in der letzten Nummer der Fachzeitung, bei mangelnden Aufträgen nicht bei verkürzter Arbeitszeit zu produzieren, sondern alle entbehrlichen Arbeitskräfte sofort zu entlassen, nicht auffassen. Hierdurch soll die Zahl der Arbeitslosen noch künstlich vermehrt und die Ausgabe des Verbandes erhöht werden. Die Berliner Kollegen werden jedoch dafür sorgen, daß die Bäume dieser Herren nicht in den Himmel wachsen. Die Gesamtvertrauensmännerversammlung hat unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage die Beschlussfassung über die aufgestellten höheren Unterstützungsätze bei Arbeitslosigkeit und Krankheit vertagt, bis sich erst die Wirkungen der Krise ganz übersehen lassen. Den Kollegen im Reich, die in jetziger Zeit arbeitslos werden, kann nicht dringend genug geraten werden, nicht nach Berlin zu reisen.

Die Berliner Perlmutter-, Horn- und Steinmüllerarbeiter beschäftigten sich am 28. November in einer gut besuchten Branchenversammlung mit der vom Vorstand einberufenen Konferenz. Alle Redner betonten, daß der Vorstand eine Konferenz aller Drechslerbranchen und die Knopfmachervereinigung nur als Vorbesprechung abhalten will. Eine solche allgemeine Konferenz wird sich nur mit allgemeinen Organisationsfragen beschäftigen können. Dazu finden aber doch die Verbandstage und Gaukonferenzen statt und wären Konferenzen von Branchen nicht nötig. Soll eine solche Konferenz einen Nutzen bringen, so darf sie nur ganz spezielle Branchenangelegenheiten behandeln. Wir streben doch darauf hin, daß unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einheitlich für ganz Deutschland geregelt werden sollen, daß von den Gesamtkollegen grundlegende Bedingungen beschlossen werden, nach denen die Löhne berechnet und mit Ortszuschlägen und sonstigen Nebenbestimmungen festgelegt werden, ähnlich wie wir solche Grundtarife in der Bodenlegerbranche haben. Sie wir einmal so weit kommen, müssen noch viele Vorarbeiten erledigt werden. Zu diesem Zweck soll eben die Konferenz stattfinden. Es wird deshalb notwendig sein, daß die Branchen getrennt werden und gesondert verhandeln. Die Branchenversammlung hat denn einstimmig folgende Anträge für den Vorstand und für die Konferenz beschlossen und ersucht die Kollegen in den anderen Zahlstellen, unseren Anträgen ihr Zustimmung zu geben: 1. Die Branchenversammlung der Berliner Perlmutter-, Horn- und Steinmüllerarbeiter ist der Meinung, daß eine gemeinsame Konferenz aller Drechslerbranchen die ihr zugehörigen Arbeiter nicht erledigen kann, und ersucht deshalb den Vorstand, je eine Konferenz der Holzdrechsler und der Knopfmacher gesondert abzuhalten, an welchen Vertreter anderer Branchen als Delegierte nicht teilnehmen. 2. Die Branchenversammlung ersucht den Vorstand, zur Konferenz der Knopfmacher auch die Perlmutterarbeiter zuzulassen und einzuladen und die Konferenz als Konferenz der Perlmutter-, Horn- und Steinmüllerarbeiter abzuhalten. 3. Die Branchenversammlung ersucht den Vorstand, je einen Vertreter der Knopfmacher und Perlmutterarbeiter aus Wien und aus Böhmen zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen. 4. Die Tagesordnung der Konferenz ist in folgender Weise umzuändern: a. Die Lage der Perlmutter-, Horn- und Steinmüllerarbeiter. b. Diskussion und Berichte der Delegierten. c. Die Möglichkeit einheitlicher Tarife. d. Einsetzung und Wahl einer Zentralkommission. e. Stellungnahme zur Heimarbeit, Kinderarbeit und Frauenarbeit. 5. Die Konferenz beschließt, eine Zentralkommission der Perlmutter-, Horn- und Steinmüllerarbeiter einzusetzen mit dem Sitz in Schmöln. Diese Kommission hat folgende Aufgaben zu erledigen: 1. Sammlung von Tarifen, Verträgen und der Ergebnisse tariflicher Verhandlungen in der Branche. 2. Ausfertigung von Verträgen, welche die Kollegen in den einzelnen Orten und Betrieben bei Lohnbewegungen aufstellen wollen. Ausarbeitung von Tarifen und Verträgen, eventuell Mitwirkung bei der Aufstellung derselben. 3. Pflege der internationalen Beziehungen mit den Bruderorganisationen des Auslandes. 4. Sammlung von Agitationsmaterial, welches der Presse und den Verbandsfunktionären zugänglich gemacht wird. 5. Beobachtung aller Vorgänge in Arbeitgebetkreisen, Studium der Arbeitgeberpresse. 6. Beobachtung des Geschäftsganges, Sammlung und Verarbeitung von Berichten aus den einzelnen Sektionen, jedoch sollen etwaige statistische Aufnahmen nur durch den Vorstandsvorsitzenden erfolgen. 7. Die Konferenz möge beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Bundesratsverordnungen zum Schutze der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter auch auf die Hausindustrie auszudehnen und die Arbeit von Kindern in der Hausindustrie zu verbieten. 8. Die Konferenz möge durch geeignete Beschlüsse und Maßnahmen darauf hinwirken, daß die Heimarbeit in der Knopfbranche beseitigt oder wenigstens eingeschränkt wird.

(Hutformtischler.) In der letzten Branchenversammlung wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, öfter in der „Holzarbeiter-Zeitung“ etwas von uns hören zu lassen. Es ist bis jetzt noch nicht geschehen, was unbedingt als ein Mangel bezeichnet wurde. Das Wortreten in die Öffentlichkeit wurde damit motiviert, weil aus den kleineren Orten, zum Beispiel Luckenwalde, Guben, Frankfurt, Stuttgart, Leipzig usw., trotz aller Mühe und Schreibereien nichts zu erfahren ist. Unser Branchenleiter hat sich die größte Mühe gegeben, durch Anfragen bei den verschiedenen Ortsverwaltungen zu erfahren, ob da Kollegen unserer Branchen vorhanden sind, aber trotzdem wir wissen, daß dort welche sind, stets wird es verneint. Es liegt gewiß daran, daß die Branche zu wenig bekannt ist und die einzelnen Kollegen, welche organisiert sind, die Versammlungen nicht besuchen und auch vielleicht in anderen Verufen eingetragen sind. Wir wollen nun auf diese Weise den Kollegen den Weg zeigen, da doch jeder die „Holzarbeiter-Zeitung“ liest, um sich mit seinen Kollegen in Verbindung setzen zu können. Es ist das ja auch Pflicht jedes Kollegen, um der

Vorteile teilhaftig werden zu können, welche wir in den größeren Orten schon errungen haben. Die Dresdener und Breslauer Kollegen haben einen annehmbaren Woffordtarif errungen. In Berlin darf nur in Lohn gearbeitet werden. Stundenlohn für Arbeiter, welche länger als fünf Jahre auf die Branche arbeiten, ist 70 Pf. Wir werden einen einheitlichen Lohn einführen können, wenn wir mit allen Kollegen Verbindungen haben. Wir legen jedem Verbandskollegen ans Herz, die Indifferenten für uns zu gewinnen, und sich uns anzuschließen. Dann werden wir instande sein, die Stufe zu erreichen, welche wir bei der Eigenart unserer Branche schon längst erreicht haben müßten. Die Breslauer Kollegen haben uns den Tarif zugesandt, welchen sie mit den Unternehmern nach fünfjährigem Streik abgeschlossen haben. Wir können mit Freude konstatieren, es geht vorwärts. Es würden manchen Kollegen die Augen aufgehen, wenn sie die erwähnten Tarife sehen und mit dem ihrigen vergleichen würden. Wenn ihr jetzt noch nicht wißt, nachdem ihr dieses lest, was ihr zu tun habt, nun dann schlaft ruhig weiter, dreht euch auf die andere Seite und sagt, ihr habt mich bloß im Schlaf gestört, nun laßt mich weiterschmarren. Wir haben Verbindungen mit dem Auslande, wissen, wie und unter welchen Umständen dort gearbeitet wird, und hier selbst in unserer nächsten Umgebung: „Keine Ahnung“. Kollegen! Ihr denkt wohl, ihr könntet euch den Wagen verderben, wenn ihr bessere Lebensbedingungen habt? Nun, wir vertragen es ganz gut, im Gegenteil, wir haben noch zu wenig. Kollegen! Nehmt doch einmal eure Schlafmütze ab, reißt euch die Augen aus, dann wird euch anders werden, und ihr werdet wissen, daß nur der Zusammenschluß zum Ziele führt. Wir wollen euch Auskunftstellen mitteilen, wo ihr euch hinwenden könnt, um mit uns in Verbindung zu treten. Wir haben auch geschlafen, aber wir sind aufgewacht. Anfragen sind zu richten nach Berlin an Max Kempe, Rügler Nr. 84, nach Breslau an Max Krause, Brigittental Nr. 17, nach Dresden an Gustav Fiegel, Kesselsdorfer Nr. 45.

(Drechsler.) Am 4. Dezember beschäftigten sich die Drechsler Berlins in einer Branchenversammlung mit der vom Hauptvorstand einberufenen Konferenz. Kollege Pattloch als Referent führte aus, daß es wohl bei allen Kollegen Bemerkung erregt habe, daß der Vorstand die Drechslerkonferenz mit noch einer ganzen Anzahl Berufe zusammengelegt hat. Die Voraussetzung des Vorstandes, daß die im Eingangs ausgesprochenen Berufe zum Drechslergewerbe gehören, war wohl in früheren Jahren zutreffend, ist aber infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und Spezialisierung heute nicht mehr angebracht. Diese Branchen sind jetzt selbständige Berufe geworden. Ein Übergang von der einen Branche zur anderen ist, abgesehen von den Gummidrehslern, nahezu ausgeschlossen. Selbst den Vertretern der übrigen Berufe kam die Einladung äußerst überraschend. Es wird nun schwer halten, auf der Konferenz, für welche zwei Tage angelegt sind, die Angelegenheiten all dieser Berufe zu erledigen, sei es denn, daß die einzelnen Gruppen, wenigstens zum Teil, gesondert tagen. Daß die Konferenz als eine solche der Holzdrechsler, auf der die Gummidrechsler wohl vertreten sein können, gedacht war, geht aus allen Eingangs und aus allen Versammlungsberichten hervor, welche in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht waren. Um so unerklärlicher nun diese Zusammenlegung. Es ist wohl als selbstverständlich anzusehen, daß eine Zentralkommission gewählt wird. Diese nun mit der der Stodarbeiter zu vereinigen, ist durchaus verfehlt, überhaupt ist es wohl unmöglich, eine Kommission zusammenzubringen, welche in all den auf der Konferenz vertretenen Berufen unterrichtet ist. Diese aber so groß zu gestalten, daß alle Berufe darin vertreten sind, würde sie zur Unfruchtbarkeit verurteilen. Aufgabe der zu wählenden Delegierten muß es nun sein, daß die Konferenz das wird, was sie soll. Eine Aussprache der Delegierten, welche Mittel anzuwenden sind, um der Abwärtsbewegung der Lebenslage der Drechsler Einhalt zu tun, wie die Agitation am besten zu betreiben ist usw. Auch in der Diskussion wurde die Art, wie die Drechslerkonferenz zu einer solchen der verschiedensten Berufe umgestaltet wurde, auf das entschiedenste gemißbilligt. Von einzelnen Kollegen wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß es vielleicht in der Absicht des Vorstandes liegt, durch dieses Vorgehen Branchenkonferenzen unmöglich zu machen.

Dresden. (Drechsler.) Am 30. November beschäftigten sich die Drechsler aller Branchen und Kammarbeiter mit der bevorstehenden Konferenz. Kollege Lauter sprach die Tagesordnung der Konferenz und die dazu gestellten Anträge. Die Schaffung einer Zentralkommission für alle Branchen erscheine ihm nicht zweckentsprechend. In der Kommission müßten dann alle Branchen vertreten sein, was ihm aber sehr kompliziert erscheine. Ließe man einzelne Branchen aus, würde nur halbe Arbeit geleistet. In der Debatte wünschte Wockhorst, daß der Hauptvorstand mehr für die Agitation im Erzgebirge tun soll. Nachdem Kollege Lauter über die bereits vom Gauvorstand geleistete sehr anstrengende Agitation berichtet hatte, zog Wockhorst seinen gestellten Antrag wieder zurück. Meister beantragte, die Delegierten mögen ganz entschieden für Beibehaltung der bestehenden Zentralkommissionen eintreten und zu denselben eine neue konstituieren. Dieser Antrag, sowie die Tagesordnung zur Konferenz und die dazu gestellten Anträge wurden einstimmig gutgeheißen. Als Delegierte wurden Kammarbeiter J. Kuyke und Drechsler R. Rindfuß gewählt. Zum dritten Punkt nahm der auf Einladung Fröhlich anwesende Obermeister der Drechsleranmeldung das Wort. Er habe die Einladung erst heute erhalten, und da er mit seinen Vorstandskollegen eine Rücksprache nicht haben nehmen können, müsse seine Anwesenheit als Privatfache angesehen werden. Fröhlich erwiderte, daß er mit der Einladung nur den Zweck verfolgt habe, den Herren Gelegenheit zu geben, sich über die Pläne der Drechsler zu informieren und zu gegebener Zeit das Gehörte zu verwenden. Die Zinnung als solche käme ja für unsere Sache nicht in Frage, da die Mitglieder derselben sehr wenig Gesellen beschäftigen. Kollege Rindfuß berichtete über die unter Umgehung der Organisationsleitung entrichtete, aber fehlgeschlagene Lohnbewegung bei der Firma Görtz. Die Kollegen hätten die Sache beim falschen Ende angefaßt. Sie müßten in Zukunft danach streben, daß derjenige Kollege, welcher die einzelnen Sachen fertigen müsse, in Lohn bezahlt werde, dann aber nur dieser die einzelnen Sachen fertigen solle. Wockhorst erwähnte hierzu, daß die Kollegen wohl selbst die Schuld tragen, denn er habe in den neunziger Jahren zum

Beispiel für eine Schrankfäule 80 Pf. erhalten, während es jetzt nur noch 35 Pf. gebe. Lauter erklärte, daß genannte Firma, soweit sie mit uns im Vertragsverhältnis stehe, voll und ganz tariffrei sei. Es sage dies, um nicht falsche Ansichten auskommen zu lassen. In seinem Schlusswort erwähnte Lauter die Kollegen, mit aller Energie für die Organisation zu agitieren. Die Kammarbeiter vor allen Dingen müßten nunmehr dafür sorgen, daß die Organisation eine einheitliche werde. Es sei nicht richtig, wenn der Holzarbeiterverband die Arbeit mache, daß dann trotzdem Kollegen, die schon jahrelang in dem Betrieb arbeiten, immer noch anderen Organisationen angehören. Auch müsse man immer wieder versuchen, die weiblichen Beschäftigten der Organisation zuzuführen. Schließlich forderte er noch auf, die Kollegen aller Branchen möchten sich in Zukunft mehr an den Veranstaltungen des Verbandes, Vorträgen, geselligen Unterhaltungen und auch an den allgemeinen Versammlungen beteiligen. Anwesend waren 70 Kollegen, meist Kammarbeiter.

Frohburg. Zwischen der Firma Neumann & Pfaß und den dort arbeitenden Kollegen gibt es fast alle Tage Differenzen, und der Wechsel ist so stark, daß man den Betrieb mit einem Laubenschlag vergleichen könnte. Einem Tischler auf Zeichnung, dem bei seiner Anwerbung in Leipzig 26 Mk. Wochenlohn versprochen wurden, wurden nur 42 Pf. Stundenlohn ins Lohnbuch geschrieben. Auf die Vorhaltungen dieses Kollegen, daß ein verheirateter Mann damit nicht auskommen könne, erwiderte der Chef, er müßte es sich erst mal überlegen, ob er 26 Mk. geben könne. Einem Maschinensarbeiter wagte man sogar 27 1/2 Pf. Stundenlohn zu geben; natürlich hat der Kollege sofort Schicht gemacht. Nebenbei herrscht hier noch eine außerordentliche Wohnungsnot. Verheiratete finden kein Logis. Also, die Kollegen mögen auf der Hut sein bei der Arbeitsannahme, zumal man jetzt in verschiedenen Städten Sachsens versucht, Arbeiter zu erschaffen.

Hamburg. (Kistenmacher.) Am 27. November fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung der Kistenmacher statt. Es sind hier in Hamburg und Altona etwa 800 Kistenmacher vorhanden. Die Lohnbewegung der Packkistenmacher, welche im Sommer dieses Jahres stattfand, hatte für die Kollegen einen vollen Erfolg; es wurde bisher 60 Stunden pro Woche gearbeitet bei einem Stundenlohn von 40 Pf. Erreicht wurde die 56 1/2 stündige Arbeitszeit pro Woche und ein Mindeststundenlohn von 60 Pf., auch wurden die Nordlöhne dementsprechend erhöht. Überstunden werden die ersten zwei Stunden nach regulärer Arbeitszeit mit 15 Pf. Aufschlag pro Stunde bezahlt, die weiteren Stunden mit 80 Pf. Aufschlag, ebenso die Sonntagarbeit; den Aufschlag erhalten die Lohn- und auch die Akkordarbeiter. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung wurden in sämtlichen Fabriken außer einer auf friedlichem Wege durchgeführt. In der Fabrik von G. Kröbe kam es zu einem eintägigen Streik, worauf auch hier die Forderungen der Kollegen anerkannt wurden. Die Organisation unter den Kistenmachern ist eine gute zu nennen. Leider haben auch die Kistenmacher hier unter der Konkurrenz von außerhalb zu leiden, namentlich sind es die Thüringer Kistenmacher, welche die Kisten hier nach Hamburg so billig liefern, daß, trotzdem die Fracht von den Empfängern bezahlt werden muß, die Kisten doch noch billiger sind, als wenn sie hier angefertigt werden. Daß hierunter zuerst die Kistenmacher zu leiden haben, ist selbstverständlich. Wenn man Nr. 45 der „Holzarbeiter-Zeitung“ liest, ist ja die Lage der Kistenmacher in Thüringen die denkbar schlechteste. Daß hier von seiten des Hauptverbandes etwas getan werden muß, wird jeder Kollege einsehen. — So leiden auch die Zigarettenkistenmacher, welche hauptsächlich in Altona sind, sehr unter der Konkurrenz von Bremen. Von dort aus werden die Zigarettenkisten bedeutend billiger geliefert, als wenn sie hier angefertigt werden. Das liegt wohl hauptsächlich an den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter welchen die Kollegen dort noch arbeiten. Von seiten der Sektionsleitung wurde die Anregung gegeben, den Hauptverband aufzufordern, eine Konferenz der Kistenmacher einzuberufen, auf welcher die Arbeitsverhältnisse der Kistenmacher Deutschlands eingehend erörtert werden können. Die Versammlung erkannte die Notwendigkeit einer Konferenz der Kistenmacher an und wurde die Sektionsleitung beauftragt, das Weitere zu veranlassen. Den Hauptverband ersuchen wir, sich unserer Angelegenheit anzunehmen und baldigst eine Konferenz der Kistenmacher einzuberufen. Von Vorteil wäre es, wenn die Konferenz mit der der Maschinensarbeiter zusammen oder vorher stattfinden könnte.

Kirchseon. Am 24. November fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Robert Günther-München einen Vortrag hielt. Derselbe entwickelte ein Bild des Deutschen Holzarbeiterverbandes und wies weiter darauf hin, wie die Unternehmer sich immer mehr und mehr zummentum, um die Organisationen der Arbeiter zu ruinieren, daß dieselben vor den verwerflichsten Mitteln, wie zum Beispiel Aussperrungen, nicht zurückschrecken, daß aber alle ihre Pläne bis jetzt an den festen Organisationen der Arbeiter zurückgeprallt sind. Nebenher kam auf die Verteuerung der Lebensmittel zu sprechen. Er erwähnte die Mitglieder zum festen Zusammenhalten, da ja bekanntlich wieder neue Pläne geschmiedet werden, um den Arbeitern das Vereins- und Koalitionsrecht zu kürzen, ja daß gewisse Klassen es sogar auf die Klassen der Organisationen abgesehen haben. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Nabeberg. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen haben die bürgerlichen Parteien, um das Eindringen der Sozialdemokraten ins Rathaus aufzuhalten, den Ortsverbandsvorsitzenden der hiesigen Firne mitgewählt. Darob herrscht große Freude im Lager der Gewerkschaften, welcher auch der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins der Tischler, Nothe, in einem Artikel in der „Eiche“ Ausdruck gibt. Getrübt wird die Freude allerdings durch die Tatsache, daß sich die Reihen der Firne immer mehr lichten. Herr Nothe weiß sich das nicht anders zu erklären als durch den Terrorismus der bösen Verbände, und er drückt als Beweis dafür eine Karte ab, die ihm ein abgefallenes Mitglied geschrieben hat. Um dieser Terrorismusgeschichte den Boden zu entziehen, wollen wir feststellen, daß der betreffende Kollege durchaus freiwillig zu unserem Verband übergetreten ist. Auf unseren Vorhalt erklärte er, die Karte nur geschrieben zu haben, um bei seinen früheren Vereinskollegen nicht anzustoßen, hätte er geahnt, zu welchem Zweck seine Mitteilung verwendet

würde, dann hätte er es anders gemacht. Die Mahnung, die Herr Nothe an die Verbände richtet, die Arbeitsverhältnisse bei Koch & Riffig zu verbessern, könnte er sich sparen, weiß er doch, daß der Verband in dieser Beziehung stets seine Schuldigkeit getan hat, und daß er es auch bei der fraglichen Firma nicht wird fehlen lassen, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen ist. Wenn aber Herr Nothe den Drang zum Verbessern so stark in sich fühlt, so hat er in dem Betrieb, in dem er arbeitet, reichlich Gelegenheit, sich zu betätigen. Aber so ist es ja nicht gemeint. Als ein Anlaß vorlag, gegen die Firma Eschenbach vorzugehen, zur Zeit, als Nothe noch dort arbeitete, da war es gerade er selbst, der im Verein mit seinem Agitationsleiter Kemmer das geplante Vorgehen verhinderte. Mit dem Wahlspruch: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ schließt Herr Nothe seinen Bericht; er scheint gar nicht zu fühlen, wie lächerlich eine solche Redensart im Munde der Firne sich ausnimmt, zumal in einem Bericht, in welchem über den Abfall der Mitglieder gellagt wird. — Lassen wir ihm sein Vergnügen.

Siegen. Die Kollegen hier am Orte halten es anscheinend nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen, es sind gewöhnlich 10 bis 12 Kollegen anwesend. Und gerade die älteren Kollegen, die mit gutem Beispiel vorangehen sollen, glänzen meistens durch Abwesenheit. Kollegen, das kann nicht immer so weitergehen! Die hiesigen Verhältnisse zeigen uns dies ganz deutlich, woran es liegt. Gearbeitet wird hier überall 10 1/2 bis 11 Stunden, die Löhne schwanken zwischen 30 bis 40 Pf., das ist jedenfalls nicht der jetzigen Zeit entsprechend, die Lebensmittel kommen fast jeder Großstadt gleich. Insbesondere wird es am Plage sein, wenn man auch einmal hier die Gelden der Firne etwas näher beleuchtet. Als im Sommer d. J. bei der Firma Neusch unsere Kollegen einige kleine Forderungen stellten, da waren es wieder die Firne, die sich als Schützlinge des Arbeitgebers hergeben haben, wie man es nicht anders von ihnen gewöhnt ist. Natürlich haben wir uns ohne dieselben einige Lohnaufbesserungen erkämpft, jedoch ist die Arbeitszeit geblieben. Auch die Lage der Stellmacher läßt noch viel zu wünschen übrig; es herrscht hier noch das Kost- und Logiswesen. Ladet man die Kollegen zur Versammlung ein, so schicken sie ihre Meister hin, statt selber zu kommen. Da wäre es doch bald nötig, daß die Versammlungen besser besucht werden, um die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Kollegen, es genügt nicht allein, die Beiträge zu entrichten, es muß auch tatkräftig agitiert werden. Wir haben uns zwar seit einem Jahre an Zahl verdreifacht, aber dieser Erfolg darf uns nicht eher zufriedenstellen, bis auch der letzte Kollege dem Verband zugeführt ist. Deshalb auf zur Arbeit, damit wir auch hier in der Lage sind, einmal annehmbare Verhältnisse zu schaffen.

Zeitz. (Korbmacher.) Unsere letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Versuch des Herrn Lippert, den Preis für Geschloßkörbe von 3,50 Mk. auf 3,25 Mk. zu reduzieren. Durch allerlei Winkelzüge des Unternehmers hatten sich einige Kollegen verleiten lassen, den reduzierten Preis zu akzeptieren. Diesen wurde in der Versammlung das Gemeinshädliche ihres Verhaltens vor Augen geführt. Nach einer eingehenden Diskussion wurde beschlossen, an dem Preis von 3,50 Mk. festzuhalten. Da Herr Lippert, um die Kollegen einzuschüchtern, nur einigen Leuten für 14 Tage Arbeit gegeben hat, den anderen aber nicht, werden sich die Kollegen gegenseitig helfen, um nach Beendigung der Arbeit gemeinsam die Werkstatt zu verlassen, falls Herr Lippert es nicht vorzieht, den Preis von 3,50 Mk. zu zahlen. Für alle Fälle bitten wir, den Zugang von Korbmachern strengstens fernzuhalten. In der Kindermagenbranche ist kein Bedarf an Korbmachern, und in der Geschloßkorbbranche dürfte in einer Woche eine größere Zahl von Kollegen arbeitslos werden. Auch das Umschauen ist strengstens untersagt. Hinsichtlich des Inserates aus Düb in voriger Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde bekanntgegeben, daß dort auch nur 3 Mk. gezahlt werden soll; es ist daher notwendig, auch diespie Ort zu sperren. Zugleich wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Eigentümer der „Holzarbeiter-Zeitung“ bei der Aufnahme solcher Inserate abgebat Vorzicht üben möge. (Diese Voricht ist auch jeit her geübt worden, doch konnte im vorliegenden Fall die übliche Anfrage an die Lokalverwaltung nicht gerichtet werden, da in Düb ein Zahlstelle nicht existiert.)

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Hohenholn bei Bromberg, Bauenburg i. Pom., Neu-Ferndurg, Solingen, Wolfenbüttel (Kruft);
- Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lauterberg a. Harz;
- Stavermachern nach Regnitz (Schneider);
- Stechmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebcher);
- Stückarbeitern nach Grimma;
- Modelltischlern und Mühlenbauern nach Blankenburg und Jorke im Harz, Hamburg (F. M. Schule), Sangerhausen (Barbavossawert);
- Bürstenmachern nach Bielefeld (Fr. Sauer);
- Korbmachern nach Zeitz-Naßberg (Lippert);
- Pantinenmachern nach Belgiz (Wenzel).

In Brücken (Fürstentum Wirtensfeld) ist es im Betrieb des Freiherren v. Hammerstein zu Differenzen gekommen. Den Mitgliedern unseres Verbandes wurde gekündigt. Der Unternehmer versucht in Straßburg, Meß und Saarbrücken Ersatzkräfte zu angeln. Zugang von Partettbodenlegern ist streng fernzuhalten.

In Lauterberg sind die Differenzen in der Holzindustrie in ein neues Stadium getreten. Auf Veranlassung des Landrats von Osterode, der sich um die Beilegung der Differenzen

große Mühe gegeben hat, fand eine Sitzung des Fabrikantenvereins und unseres Gauvorstehers im Beisein des Landrats statt. Im Verlauf derselben wurde die Aussperrung aufgehoben. Die Firma M. G. Hillegeist, von der die Differenzen ausgeht, hatte sich gerührt, ihren Bedarf an Arbeitskräften gedeckt zu haben; das griff der Vertreter der Arbeiter auf und verlangte nun die Aufhebung der Sperre, dem dann auch entsprochen wurde. Ein weiteres Verlangen, den einheimischen eingearbeiteten Arbeitern denselben Lohnsatz, nämlich 3,30 Mk. pro Tag im Durchschnitt, wie er den aus aller Herren Ländern zusammengewürfelten, uneingearbeiteten Arbeitswilligen gezahlt wird, zu zahlen, wurde abgelehnt. Die Fabrikanten behaupten, höhere Löhne zu zahlen, lehnten aber bezeichnenderweise den Antrag ab, obwohl ihnen die Annahme desselben, wenn ihre Behauptung richtig ist, gar keine neuen Lasten auferlegt hätte. Die Fabrikanten wollten nur nach Aufnahme der Arbeit die jetzigen Lohnsätze prüfen und nach eigenem Ermessen regeln. Da außerdem die Fabrikanten noch Vorbehalte in bezug auf die Wiedereinstellung der sämtlichen Ausständigen machten, so wurde das Angebot vom Gauvorsteher und später auch von unseren Kollegen abgelehnt. Es wurde aber vereinbart, daß den Fabrikanten nun freie Hand gelassen werde, mit ihren Arbeitern eine Verständigung zu finden. In den einzelnen Fabriken wurden Kommissionen vorstellig. Diese Verhandlungen hatten nur in zwei Fällen ein positives Ergebnis. Bei Weiß & Hildebrandt wurde eine Verständigung erzielt, und ist inzwischen die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt. Bei G. Wennecke, wo nur wenige Kollegen ausgesperrt waren, war während der Aussperrung eine Aufbesserung der Löhne erfolgt, es stand also auch dort der Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege, die nun ebenfalls erfolgte. Bei den übrigen Firmen wurde eine Verständigung bisher nicht erzielt, und geht der Kampf weiter. Aus der Aussperrung ist also ein Streik geworden. Durch Abreise und die Beilegung der Differenzen in den genannten zwei Betrieben ist die Zahl der Ausständigen so reduziert, daß die Fortführung des Kampfes nur noch geringe Opfer erfordert; dann ist es gelungen, eine Breche in die Phalanx der Arbeitgeber zu legen, so daß volle Hoffnung besteht, den uns aufgebrängten Kampf zu einem für uns günstigen Ende zu führen. Doch bitten wir die Kollegen allerorts, uns nach wie vor durch Zureisung von Arbeitsgelegenheit für die Ausständigen zu unterstützen und mit aller Energie für Fernhaltung des Zugangs zu sorgen.

In Neu-Ferndurg wurde der Streik der Schreiner, Maschinenarbeiter und Lackierer nach 10wöchiger Dauer am 24. November aufgehoben und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, da der Zugang in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr fernzuhalten war. Wenn wir auch in diesem Kampfe nichts errungen haben, so sind wir nicht entmutigt; wir werden den Kampf zu gegebener Zeit von neuem beginnen, um unseren gerechten Forderungen zum Siege zu verhelfen. Das hiesige Unternehmertum sucht seine Macht die Streitenden recht fühlen zu lassen, indem es einen Teil der Kollegen nicht mehr einstellt. Wir bitten deshalb, den Zugang nach hier noch streng fernzuhalten.

In Solingen haben die Kollegen den Kampf nach 18wöchiger Dauer, hauptsächlich infolge der sich in letzter Zeit vermehrten Arbeitswilligen, abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen. Da noch nicht sämtliche Streikende wieder eingestellt sind, eruchen wir, den Zugang nach Solingen vorläufig auf das strengste zu vermeiden.

Aus der Holzindustrie.

Der fünfte Kongress der Möbelerbeiter Frankreichs fand vom 15. bis 17. September in Brest statt. 33 Syndikate und 4 Regionalsektionen waren durch 20 Delegierte vertreten. Die Tagesordnung umfaßte 12 Punkte. Die wichtigsten davon waren: Gründung einer Verbandsstreikkasse; Schaffung eines ständigen besoldeten Sekretariats; Schaffung eines Verbandsmitgliedsbuchs und Stempelmarke; Abschaffung der Regionalpolitik; die Besatzungsfrage und endlich der Import fertiger Möbel.

Der durch den Verbandsvorstand herausgegebene Bericht erstreckt sich auf die Dauer von zwei Jahren, von Juli 1905 bis Juni 1907. Die im Verband zusammengeschlossenen Syndikate zählten vor zwei Jahren 50; diese Zahl ist in diesem Jahre auf 44 gesunken. Dieser Rückgang erklärt sich daraus, daß sich mehrere Syndikate verschmolzen haben oder daß sie ganz verschwunden sind. 21 Streiks haben während der zwei Jahre stattgefunden, die Streiks im Mai 1906 mit inbegriffen. 8 Streiks waren erfolgreich, 8 waren erfolglos, 1 endete durch Vergleich, 2 verliefen im Sande, die Streitenden wurden anders untergebracht, 2 waren zurzeit (Juli 1907) noch nicht beendet. Die zur Unterstützung der Streiks aufgebracht Gelder sind in der Regel recht gering. Die gezahlte Unterstützung bewegt sich im Durchschnitt zwischen 10 und 60 Gts. pro Tag und Streitenden.

Die in Toulouse geschaffenen Regionalsektionen haben nicht das gewünschte Resultat gegeben; es wurde deshalb vorgeschlagen, die Sektionen abzuschaffen, um die Verwaltung ganz im Verbandsvorstand zu zentralisieren. Der Bericht hebt im weiteren die Fehler hervor, die der Organisation noch anhaften, und weist auf die mächtigen Organisationen der anderen Länder hin, an denen sich die Delegierten ein Beispiel nehmen können, um auch die französische Organisation in diesem Sinne auszugestalten.

Die Gründung einer Verbandsstreikkasse ging nicht ganz ohne Schwierigkeiten vonstatten. Namentlich die Delegierten aus der Provinz fürchteten, durch eine Beitragserschöpfung die ohnehin schon schwache Mitgliederzahl noch abzuschwächen. Nichtsdestoweniger wurde die Gründung einer Verbandsstreikkasse beschlossen, und wurde der Gesamtbeitrag für den Verband auf 25 Gts. pro Mitglied und Monat festgesetzt, wovon 10 Gts. für die Streikkasse bestimmt sind.

Von der Schaffung eines permanenten Sekretariats mußte der zu geringen Einkünfte halber zurzeit noch ab-

gesehen werden, und wurde die Frage auf den nächsten Kongress verschoben. Dagegen wurde die Entschädigung des Gesamtvorstandes von 30 auf 60 Fr. monatlich erhöht.

Das Verbandsmitgliedsbuch wurde abgelehnt, da man annahm, daß das Mitgliedsbuch der einzelnen Syndikate genügend sei. Die Verbandsstempelmarke wurde angenommen und soll in Zukunft die Marke der Syndikate ersetzen.

Die Abschaffung der Regionalsektionen wurde beschlossen, da allgemein zugegeben werden mußte, daß dieselben eher eine Zersplitterung als eine Vereinigung der Kräfte bedeuten. Die ganze Verwaltung, Agitation usw. soll im Gesamtverband zentralisiert werden.

Ein sehr ausführlicher Bericht, der die Lehrlingsfrage in Frankreich und dem Ausland behandelt, wurde im Auftrag des Vorstandes durch Kollegen Giraud, Gewerbeschlichter in Paris, vorgebracht. Der Bericht konstatiert, daß die Lehrlingsfrage in Frankreich viel schlechter geregelt ist als in anderen Industrieländern. Es wurde deshalb beschlossen, einen Druck auf die Regierung auszuüben, damit der Schutz der Lehrlinge auf gesetzlichem Wege geregelt werde.

Der Export fertiger Möbel oder besser gesagt die ausländische Konkurrenz, die auf dem Stuttgarter Kongress keine Erwähnung finden konnte, wurde ausführlich behandelt. Allgemein wurde anerkannt, daß die Einfuhr fertiger Möbel, namentlich aus Italien, in bedrohlicher Weise zunimmt und daß diese Einfuhr durch ein sehr ungünstiges Zollsystem noch begünstigt wird. Es wurde deshalb beschlossen, bei der Regierung vorstellig zu werden, damit bei Abschluß zukünftiger Handelsverträge ein gerechteres Zollsystem zur Anwendung komme, namentlich daß die Möbel nicht wie bisher nach dem Gewicht, sondern nach dem Werte taxiert werden sollen.

Wenn man die Arbeiten des Kongresses insgesamt betrachtet, so muß man anerkennen, daß ein schönes Stück Arbeit geleistet wurde, vorausgesetzt, daß die Beschlüsse keine leeren Phrasen bleiben, sondern strikte zur Anwendung kommen. Namentlich die Gründung einer Streikliste war eine Notwendigkeit. Wenn in Frankreich die Streiks so wenig zahlreich waren und wenn sie auch noch zur Hälfte verloren gingen, so ist dies eben dem Fehlen einer guten Organisation zuzuschreiben. Natürlich darf man sich keine Illusionen machen, der festgesetzte Beitrag ist viel zu gering. Wenn die Mitgliederzahl dieselbe bleibt, so wird dies eine Jahreseinnahme von circa 3000 Fr. ausmachen. Damit kann man natürlich nicht viel ausrichten, aber ein Anfang ist doch gemacht. Die Einführung einer Verbandsstempelmarke war ebenfalls sehr notwendig; bis jetzt fehlte dem Vorstand jede Kontrolle über die Mitgliederzahl der einzelnen Syndikate, und es ist anzunehmen, daß viele Syndikate von diesem Umstand Gebrauch machten, um ihre wahre Mitgliederzahl zum Nachteil des Verbandes zu verschweigen. Durch die Stempelmarke wird dieser Mißstand aufgehoben.

Die Beschlüsse, welche die Lehrlingsfrage und die ausländische Konkurrenz betreffen, können natürlich nur als Wünsche aufgefaßt werden. Denn so, wie die Organisation jetzt beschaffen ist, dürfte sie auf die Regierung wohl sehr wenig Einfluß haben. Aus alledem geht aber immer wieder hervor, daß es notwendig ist, starke Organisationen zu besitzen.

Die „Eiche“, das Organ des Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereins der Tischler, stellt sich dumm, was ihr allerdings nicht sonderlich schwer fällt. Wir haben durch die Artikel in Nr. 46 und 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“ den blühenden Nachweis erbracht, daß der Gewerksverein seinen Mitgliedern einen weit geringeren Teil der eingezahlten Beiträge in Form von Unterstützungen zurückerstattet, als das beim Deutschen Holzarbeiterverband der Fall ist, und daß der Gewerksverein mit ganz unverhältnismäßig hohen Verwaltungs- und allgemeinen Unkosten arbeitet. Auf diese Tatsache geht die „Eiche“ mit keiner Silbe ein! Man kann es den Hirschen nachfühlen, wie unangenehm es ihnen ist, daß ihnen die beliebte, aber unwahre Agitationsphrase von den hohen Unterstützungen aus der Hand geschlagen ist, und um die Aufmerksamkeit von diesem Kernpunkt abzuwenden, klammert sich die „Eiche“ krampfhaft an Nebenfragen.

In seiner neuesten Nummer verbeißt sich das Hirsch-Dunckersche Organ wieder auf den Vergleich des Vermögens der Organisationen und meint, wir hätten gewisse Zahlen zum Vergleich herangezogen; jetzt sei alles ganz anders. Wir schätzen die geistigen Fähigkeiten der „Eiche“-männer nicht gar zu hoch ein, aber dazu dürfte ihr Verstand noch ausreichen, um zu kapieren, daß man für Vergleiche immer die neuesten bekannten Zahlen heranzieht, und das sind eben für den Gewerksverein die Zahlen vom Jahres-schluß 1906. Wenn uns der Gewerksverein seine neueren Zahlen zur Verfügung stellen würde, wären wir auch gern bereit, diese einer Prüfung zu unterziehen, das Resultat würde sich aber kaum erheblich von dem unterscheiden, das wir für den Jahres-schluß 1906 berechnet haben. Aber der große Kampf, den der Holzarbeiterverband in diesem Frühjahr geführt und bei welchem der Gewerksverein eine so un-rühmliche Rolle gespielt hat, der muß doch unsere Rassen so in Anspruch genommen haben, daß uns die Hirsche wenigstens in bezug auf das Vermögen überlegen wurden. Auf diesen Gedankengang zielen die dummen Nebenarten hin, welche die „Eiche“ in dieser Angelegenheit hervorstößt. Aber die guten Hirsche haben sich veralteter! Am 1. Juli, also kurz nach Beendigung des Kampfes, hatte der Holzarbeiterverband in der Hauptkassse, den Gau- und Lokalfassen zusammen 1607244 Mk.; das macht bei 149282 Mitgliedern, die der Verband am gleichen Tage zählte, auf den Kopf des Mitgliedes 10,76 Mk., also beinahe noch einmal so viel als die 5,71 Mk., die nach den neuesten bekannten Zahlen auf den Kopf des Gewerksvereinsmitglieds entfallen! Mit dem letzten Rettungsanker, an den sich die „Eiche“ klammerte, ist es also auch nichts. Übrigens hätte die „Eiche“ alle Ursache, die plumpen Andeutungen zu vermeiden, die an die Verräterei der Hirsche erinnern. Im eigenen Interesse des Gewerksvereins würde es liegen, wenn er sich jetzt bemühen würde, durch ehrliches Handeln sein schmachliches Verhalten vergessen zu machen.

Gewerkschaftliches.

Der Zimmererverband hat mit der wachsenden Mitgliederzahl (1897 17 836, 1907 59 000) auch den Abschluß von Tarifverträgen ausdehnen können. Die Gewerkschaft zählte im Jahre:

1903	111	Tarifverträge, gültig für	16 208	Mitglieder
1904	164	"	20 808	"
1905	210	"	28 035	"
1906	356	"	38 694	"
1907	318	"	32 004	"

Die Tarifabschlüsse bedeuten Gewinn an Lohn und Zeit für die Mitglieder. Allerdings sind sie nicht ohne Opfer errungen. Die Streikziffern stiegen von 1899 mit 3754 Streikenden oder 40 217 Streiktage bis 1906 auf 8514 Streikende und 129 416 Streiktage, die Streikunterstützungen entsprechend von 91 000 auf 304 000 Mk.

Durch diese Zahlen wird zugleich bewiesen, daß Tarife meistens erst nach harten Kämpfen errungen werden. Die Unternehmer müssen erst die Stärke der Organisationen kennen lernen, ehe sie sich zu ihrer Anerkennung als Vertreter der Arbeiter verstehen.

Das Ende eines christlichen Verleumdungsfeldzugs. Anlässlich einer Lohnbewegung in der Baumwollspinnerei Kolbermoor (Oberbayern) wurden im Oktober vorigen Jahres der Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes Brüggemann und der Vertreter des Christlichen Textilarbeiterverbandes Pet. Geier bei der Fabrikdirektion vorstellig. Nach Beendigung der Bewegung verbreitete Geier wider besseres Wissen die verleumderische Behauptung, Brüggemann hätte Arbeiterverrat begangen, indem er dem Direktor gesagt habe, die Arbeiter würden auch mit acht anstatt fünfzehn Prozent zufrieden sein. Obgleich in einer darauffolgenden Sitzung des Arbeiterausschusses der Fabrikdirektor Jordan die Erklärung abgab, bei den genannten Verhandlungen sei von acht Prozent nie die Rede gewesen, erschienen in der Zentrumspreffe die verleumderischen Artikel gegen Brüggemann weiter, ja der brave christliche Gauleiter behauptete es noch am 17. März d. J. in einer Versammlung in Kolbermoor. Nun stellte Brüggemann Klage gegen Geier, und in der am 20. November beim Amtsgericht Bad Nibling durchgeführten Verhandlung wurde der christliche Verleumder wegen eines Vorgehens der Verleumdung nach § 186 zu einer Geldstrafe von 50 Mk. oder 10 Tagen Haft sowie Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil wird auf Kosten des Beklagten in der „Münchener Post“ und in der „Bayerischen Zeitung“ veröffentlicht.

Damit ist wieder einmal gerichtlich festgestellt, mit welchen niederträchtigen Verleumdungen die christlichen Führer gegen die freien Gewerkschaften arbeiten. Leider gelingt es nicht immer, die Urheber und Verbreiter derartiger christlicher Verleumdungen so zu fassen, wie in vorstehendem Falle.

Ein Hirsch-Dunckerscher Verleumder. Wegen Verleumdung des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Schlicke, Stuttgart, wurde der Vorsitzende des Hirsch-Dunckerschen Ortsvereins in Pforzheim zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um den verbreiteten Schwindel, Schlicke habe sich vom Wertheimer Blohm mit 100 Mk. bestechen lassen. Durch die eigene Aussage Blohms wurde das als Schwindel festgestellt. Das Gericht stellte fest, daß Schlicke dadurch in seiner Stellung aufs schwerste beleidigt sei. Nur weil der Angeklagte reumütig bekannte, sich einer Un-wahrheit schuldig gemacht zu haben und alles zurücknehmen wollte, wurde von einer Gefängnisstrafe abgesehen und auf 100 Mk. Geldstrafe in Rücksicht auf die Vermögens-lage des Angeklagten erkannt.

Technisches.

Vom „Fachblatt für Holzarbeiter“ liegt nunmehr der zweite Jahrgang abgeschlossen vor. Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten, wie Richard Riemerschmid, Bruno Paul, Henry van de Velde, Baillet Scott und anderen. Ferner gute textliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Lux, Hermann Muthesius, Franz Hammler und andere, hervorragende fachtechnische Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeschul-lehrers D. Winckelmüller folgende Arbeiten: Türen, Tore und Windfänge (mit 109 Abbildungen), Holz-decken (mit 26 Abbildungen), Fußböden (mit 28 Ab-bildungen), Wandtäfelungen (mit 30 Abbildungen).

Der gebundene Jahrgang 1907 dürfte sich zu Geschenk-zwecken sowie zu Verlosungen bei Verbandsver-gnüngen recht sehr eignen. An diesem umfangreichen Fachwerk dürften unsere jungen, wissensdürftigen Kollegen viele Freude haben, denn es unterrichtet über alle fach-technischen und kunstgewerblichen Fragen unseres Berufs.

Von dem kompletten Jahrgang 1907 können noch mehrere Exemplare vom Verlag bezogen werden, und zwar zum Preise von 4 Mark für den ungebundenen, 5 Mark für den gebundenen Jahrgang und gegen Vor-einsendung des Betrags.

Für den Jahrgang 1907 hat der Verlag eine geschmack-volle Einbanddecke (entworfen von dem Künstler Felix Hollenberg in Stuttgart) herstellen lassen, die gegen Voreinsendung von 1 Mk. portofrei bezogen werden kann von Ernst Deinhardt, Stutt-gart, Adlerstraße 43.

Literarisches.

Paul Unbrecht, Die Arbeiterschutzgesetzgebung. Zwölf Vorträge aus den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen. Mit Anhang: Materialien zur Arbeiterschutzgesetzgebung. Berlin 1907, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (L. Begien). Zweite Auflage. 220 Seiten.

Der Hochverratsprozess Liebfuecht vor dem Reichs-gericht. Verhandlungsbericht nebst einem Nachwort. Ver-

lag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 1 Mk., Agita-tionsausgabe 50 Pf.

Der Prozess hat weit über die Grenzen Deutschlands hinaus im Proletariat allgemeine Aufmerksamkeit und Ent-rüstung hervorgerufen. Der vorliegende Bericht ist nach stenographischen Aufzeichnungen durchgesehen und ergänzt und bildet ein wichtiges Dokument zur Beurteilung der politischen und rechtlichen Zustände im Deutschen Reich.

Briefkasten.

An unsere Korrespondenten. Wir müssen wiederholt darauf hinweisen, daß wir außerstande sind, größere Ein-sendungen, die erst Montag oder gar erst Dienstag bei uns einlaufen, in der in der betreffenden Woche erscheinenden Nummer zu veröffentlichen. Dienstagmorgen 9 Uhr ist Redaktions-schluss, das bedingt, daß wir am Dienstag über-haupt nur noch kurze Notizen, am Montag auch nur nicht zu lange Einsendungen, die auf die Lohnbewegung Bezug haben, aufnehmen können. Das wird viel zu wenig beachtet, und die Folge davon ist viel Schererei und Ärger für die Redaktion. Am letzten Montag sind beispielsweise so viele und umfangreiche Einsendungen bei uns eingetroffen, daß wir damit allein mehr als eine halbe Zeitung füllen könnten. Und alle diese Einsendungen sollen in dieser Nummer, und auch noch unverkürzt, veröffentlicht werden. Das können wir nun einmal nicht, weil der Raum der Zeitung und die berechtigten Wünsche der Druckeret uns Beschränkungen auf-erlegen. Wir bitten, das mehr als seither beachten zu wollen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. B. in Hamburg).

Einnahme im November:

Überschüsse sandten ein: Rixdorf 1200 Mk., Offen-bach 800, München I 700, Berlin H 600, Karlsruhe, Erfurt, Dietesheim, Lindenau je 500, Nowawes 450, Berlin D, Regensburg, Berlin C, Breslau, Düsseldorf, München II, Würzburg I, Dresden-Mt. je 400, Mühlburg, Erlangen je 350, Altona, Halle, Schweinfurt, Worms, Lettin, Schweinau, Rast je 300, Weinheim 282,41, Witterfeld 265, München III, Zeitz, Kulmbach, Bayenthal, Volkmarzdorf, Büchelburg je 250, Galsburg, Riesa, Schönefeld, Berchtesgaden, Rippur, Fehren-heim, Gohlitz, Mundenheim, Hockenheim, Bamberg, Güstrow, Döbeln, Ulm, Rothenburg, Siegburg, Franenthal, Dort-mund, Achaffenburg, Leipzig III, Mühlheim a. Ruhr, Alten-burg, Wesseling, Düsseldorf, Heibingfeld, Schwab. Gmünd je 200, Mühlheim a. D. 180, Köpitz, Hildesheim, Feuerbach, Boll, Elmstein, Miedenstein, Vollmarshausen, Grabow, Stels-feld, Gohmannsdorf, Volkstedt, Leipzig II, Weiertheim, Starn-berg, Forchheim, Wiberach, Bergen, Plaue, Dresden-N., Neu-Ruppin je 150, Freiburg i. B. 135, Münden 128,63, Urfersa 120, Heuchheim, Schwerte, Degerloch, Böhlich-Schrenberg, Hürth, Emdenich, Mühlheim a. M., Gomburg, Cameln, Offen-burg, Kandersacker, Freiberg i. S., Fulda, Göttingen, Unter-ebditz, Bunzlau, Wismar, Schwarz, Neuhäusen, Gonsen-heim, Bergshausen, Baumschulenberg, Marburg, Rosenheim, Hochstadt, Oberramstadt, Soden, Dranienburg, Strichheim, Reutlingen, Geddesheim, Rotensol, Röhbersheim, Constanz, Greifenhagen, Sülzfeld je 100, Zwickau, Herford je 90, Bock-witz, Saalfeld, Langenberg je 80, Eisenach 75, Döbeln, Kl.-Großenburg, Debschwitz, Koda je 70, Urzheim 60, Rath-Heumar, Botnang, Hellen, Schollene, Nauheim, Salzung, Brunsbüttelkoog, Dörnberg je 50, Wilhelmshausen 38 Mk.

Summe der Überschüsse	27 232,04 Mk.
Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern	17,90
Beiträge	2 275,90
Zinsen von Kapitalien	916,02
Sonstige Einnahmen	881,61
Gesamteinnahme	31 823,47 Mk.

Ausgabe im November:

Ver sandte Zus ch üße: Berlin A 600 Mk., Seidelberg, Hamburg V je 300, Sülz, Reinickendorf, Welschnereut je 200, Schönau, Dagersheim, Neue Neustadt, Trebbin je 150, Weylar, Geddesheim, Durlach, Fellbach, Kessenich, Zirndorf, Bremen, Bruchsal, Neuschönefeld, Braunschweig, Krosheim, Bürrig, Knielingen, Büschena, Oppau, Schwenningen je 100, Emmerich 75, Neuenbürg 70, Prenzlau, Pasewall je 60, Winterrsdorf, Luckenau je 50 Mk.

Summe der Zuschüsse	4 365,— Mk.
Krankengeld an Einzelmitglieder	1 682,40
Sterbegeld	288,—
Sonstige Ausgaben	2 118,27
Gesamtausgabe	8 418,67 Mk.

Gesamteinnahme	31 823,47 Mk.
Gesamtausgabe	8 418,67

Zunahme des Vermögens 22 904,80 Mk.
B. Fels, II. Hauptkassierer.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Meyers Klassiker-Ausgaben.

Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. — Eleganter Leinwandeinband.

Arnim, 1 Band, geb. 2 Mk.	Körner, 2 Bände, geb. 4 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. 2	Lenau, 2 Bände, geb. 4
Bürger, 1 Band, geb. 2	Lessing, 5 Bände, geb. 12
Chamisso, 2 Bände, geb. 4	Ludwig, 3 Bände, geb. 6
Eichendorff, 2 Bde., geb. 4	Novalis u. Fouqué, 1 Bd., geb. 2
Gellert, 1 Band, geb. 2	Platen, 2 Bände, geb. 4
Goethe, 15 Bände, geb. 30	Reuter, 5 Bände, geb. 10
Grillparzer, 3 Bde., geb. 10	Rückert, 2 Bände, geb. 4
Hauß, 4 Bände, geb. 8	Schiller, 8 Bände, geb. 16
Hobbel, 4 Bände, geb. 8	Schiller, 14 Bände, geb. 28
Heine, 7 Bände, geb. 16	Schiller, 10 Bde., geb. 20
Herder, 5 Bände, geb. 10	Shakespeare, 10 Bde., geb. 20
E. T. A. Hoffmann, 3 Bde., geb. 6	Tieck, 3 Bände, geb. 6
Immermann, 5 Bde., geb. 10	Uhland, 2 Bände, geb. 4
H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10	Wieland, 4 Bände, geb. 8

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Berufsammlungs-Anzeiger.

Düsseldorf. Sektionsversammlung der Stahl-
macher jeden ersten Samstag im Monat im Lokal
Mit dem Namen (Mitte Seibel), Ecke Moringen- und
Gerechtsamerstraße.
Frankfurt a. M. und Offenbach. Sonntag den
15. Dezember, nachmittags punkt 2 Uhr, Sektions-
versammlung der Holz-, Horn-, Gummi-,
Stiel- und Zelluloiddreher im Saalbau in
Offenbach a. M. Wegen der wichtigen Tagesordnung
ist es Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung
auf dem Posten zu sein.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen
Zahlstelle befindet sich bei Kollege Gilling, Biedstrasse
37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und
nachmittags von 2-7 Uhr. Umschauen verboten.
Waldheim. Der Arbeitsnachweis befindet sich
bei dem Bevollmächtigten R. Hippmann, Bahnhof-
straße 11. Dasselbe Wechsell für alle Verbands-
angelegenheiten. Das Umschauen in den Werkstätten
ist streng untersagt.
Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler,
Maschinenarbeiter, Dreher und Wagner befindet
sich bei Kollege Götter, Schwabacherstraße 7 l. Stb. I.
Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunter-
stützung wird im Gewerkschaftshaus, Wehrstr. 41,
ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an
Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Um genaue Angabe der Adressen von Heinrich
L. Otto, Buchn. 202089, geb. 28. 12. 82 zu Krefeld,
Mag. Schlotfeld, Buchn. 290477, geb. 12. 2. 85 zu
Göding, Mag. Wittig, Buchn. 316872, geb. 17. 9. 88
zu Opatz, erucht die Zahlstelle Nürnberg.
Dem Kollegen Nikolaus Rosenmüller aus Nürn-
berg ist sein Mitgliedsbuch, Nr. 278226, entwendet
worden. Sollte das Buch irgendwo vorgezeigt wer-
den, so ist dasselbe anzuhalten und einzuliefern an
die Zahlstelle Nürnberg.

Der Verbandsvorstand.
Zahlstellenverwaltungen oder Kollegen, denen die
Adresse des Schreiners Emil Schmidt, Buchn.
218988, geb. 17. 1. 87 zu Wiesbaden, bekannt ist,
werden ersucht, dieselbe an unterzeichneten gelangen
zu lassen. Tisch. Götter, Kasseler, Wiesbaden
Schwabacherstraße 7.

Tischler Emil Dweiser aus Saubau, um
Seine Adresse bittet wegen Geschäftsangelegenheit
dem Freund Robert Späth, Weitz, Hainwald 1.
Wer etwas weiß über den Tischler Karl Marx, geb.
5. 8. 70 in Gerbitz, 1906 in Frankfurt, von dort nach Berlin,
gebe Nachricht an G. Kaubach, Dresden, Zafstr. 12.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Bremen.**

**2 Lokalbeamte gesucht für
Bremen !!**
Die Zahlstelle Bremen sucht zum 1. Januar
1908 1. einen ersten Bevollmächtigten,
2. einen ersten Kassierer. Reflektiert wird
auf tüchtige, energische Kräfte. Kollegen,
welche in der Gewerkschaftsbewegung auf
allen Gebieten erfahren sind, mögen ihre
Bewerbungen bis zum 18. Dezember an den
Kollegen Fritz Kröcher, Bremen, Neuen
Markt 2, mit der Aufschrift „Lokalbeamter“
senden. Das Gehalt beträgt 1800 Mk.,
steigend jährlich um 60 Mk. bis zum Höchst-
betrag von 2100 Mk.

Zwei durchaus tüchtige, ältere **Polierer**
auf Mahagoni-Schlafzimmer und einige
selbständige ältere **Schreiner**, die auf dau-
ernde Stellung rechnen, bei hohem Lohn
sofort gesucht.
**Gustav Bühler, Möbelfabrik
Spaichingen.**

Tüchtiger Holzdreher

sofort auf dauernd gesucht.
Peter Sieberling, Lord a. Rhein
Dreherei mit elektrischem Betrieb.
Suche zum sofortigen Antritt einen Mann,
am liebsten gelernter Dreher, für meine
Rundfräse. Selbiger muß solche früher be-
dient haben.
**Pattburger Dreherwaren-Fabrik
Berthold Schröter, Pattburg.**

**WERKFÜHRER für
Rohstoffabrikation**

Ein junger intelligenter Steiger, der Carnel-
schiffe biegen kann und Leute dazu abzurichten
versteht, der außerdem im Durchheizen Erfah-
rung hat u. die Holzware kennt, wird nach ungar-
rischer Provinzstadt gesucht. Gehalt 2400 Mk.,
jährlich, Lebensstellung, selbständig, Wirkungs-
kreis, mehrjährig, Kontrakt wird gebot. Anträge
a. d. Exp. d. Bl. unt. „Wiegen und Durchheizen“.

Tüchtig. Kreisraspeler

für Sporngriffe sucht!
Aug. Vock, Wald (Rheinland).

Tüchtige Horndrechsler

für dauernde Arbeit gesucht.
**Jakob Keller Wwe.
Cöln-Dransfeld.**

Tüchtiger, energischer **Kammacher** als
Vorarbeiter gesucht. Derselbe muß
die Fabrikation und Ver-
arbeitung von Schildpatt und Zelluloid-
kammern usw. feinsten Ausführung durchaus
verstehen und befähigt sein, die Arbeiter zu
beaufsichtigen und anzuleiten.
Schlager & Best, Darmstadt.

Gute **Franzer**, tüchtige **Kammacher** und
Schildpattreparaturmeister sowie perfekte
Kammacher für Schildpatt und Zelluloid
bei gutem Lohn auf dauernd gesucht.
Schlager & Best, Darmstadt.

Korbmacher

Tüchtige **Gestellarbeiter** werden einge-
stellt. Näheres im Bureau der Zahlstelle
Wandenburg a. S., Neust. Markt 2.
Suche p. sofort 2 **Korbmacher** auf Wallon.
H. Maag, Wienburg a. Weser.
2 Korbmachergesellen
einen auf geschlagene Arbeit, einen auf Grün,
sofort gesucht.
Otto Kürgel, Schwiebus.

Gesucht 4 Korbmachergehilfen
auf Mattarbeit (Fischkörbe). Lohn für Hand-
körbe 47 Pf.
O. Fieke, Oldenburg i. Gr.

Korbmachergesellen
4 Arbeiter auf Geschlagens (Reisfische) Kör-
nen dauernd Arbeit erhalten. Bezahlung nach
hiesigem Fachvereinstarif.
O. Kintoff, Kopenhagen
Solbjørnsensgade 12.

Tüchtiger Bohrer
(Freihand und Schlichten)
findet sofort dauernde, gutbezahlte Stelle bei
**Karl Pfeiderer, Birstenholzerfabrik
Schornberg (Württemberg).**

2 tüchtige Bohrer
sofort gesucht. Akkordlohnansprüche sind
anzugeben.
**F. O. Nuppenau, Birsten- und
Birstenholzerfabr., Bargteheide, Holst.**

Almanach
für das Jahr 1908
Taschenkalender für die Verwaltungen
und Mitglieder des Verbandes
Aus dem Inhalt des neuen Al-
manach heben wir hervor:
Holzarbeiter-Verbandslied. Datumzeiger
für das Jahr 1900. Kalendarium für 1908.
Gruss zum neuen Jahre. Tagesnotizen. Jah-
resrückblick. Der Zentralverband der Vergolder
Deutschlands. Aus vergangenen Zeiten (Ge-
burtsschein vom Jahre 1738. Lehrbrief vom
Jahre 1733. Kundschaft vom Jahre 1802.
Gildebrief der Tischler von 1774. Von Lehr-
jungen. Von Unterrichts- und Tractament. Von
Lossprechung des Jungens. Von Gesellen.
Von Gesellen-Herbergen. Erlaubte gute Or-
nung und Strafen. Von Abwandern und Aus-
sagen des Dienstes. Von Alt-Gesellen. Von
verbotener Korrespondenz. Von Gesellen-
Lohn und Arbeitszeit. Moderne Möbel
(Schlafzimmer, Wohnzimmer, Wohn- und
Esszimmer). Winke für Redner. Arbeitsöhne
im Holzgewerbe. Die deutschen Gewerk-
schaften (Die Christlichen Gewerkschaften).
Die Hirsch-Dunckerschen-Gewerkschaften).
Statistik der Reichstagswahlen 1893-1907.
Preise von Nahrungsmitteln in 14 Gross-
städten. Gebiets-einteilung und Bevölkerung
Deutschlands. Bevölkerung Europas. Reli-
gion und Verhältnis. Handelsstand. Deutsche
Seefahrt über 2000 Einwohner. Von der
Lungen-schwindel. Holzarten und Bestand
der Forsten und Holzungen in Deutschland.
Von den Zolltarifreueisen. Indirekte Steuern.
Krankenversicherung. Unfallversicherung.
Invalidenversicherung. Notiztabelle für wö-
chentliche Einnahmen und Ausgaben. Die
erste Behandlung von Verletzten. Versamm-
lungs- und Vereinsrecht. Parlamentarische
Ordnung in den Mitgliederversammlungen.
Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts.
Der Almanach wird gegenwärtig
an die Zahlstellen versandt, wir er-
suchen deshalb die Kollegen, welche
sich ihr Exemplar sichern wollen,
die Bestellung bei der Lokalverwal-
tung nicht zu versäumen. Der Preis
ist wie früher 50 Pfg. für Verbands-
mitglieder. Einzelbestellungen sind
ausserdem 10 Pfg. für Porto beizu-
fügen.
Der Verbandsvorstand.

Wer liefert
für eine grössere Aktiengesellschaft
kleine Kasten in Pultform
mit einer oder zwei Schubladen aus Eichen-
holz
als Massenartikel
in sauberer Ausführung? Zur Ausarbeitung
der Offerte steht Muster zu Diensten. Gefl.
Offerten unter **J. U. 6905** an **Rudolf
Moose, Berlin SW.,** erbeten.

Tüchtige Korbmacher
auf grüne geschlagene Matt- sowie weiße und Roharbeit stellt ein
bei gutem Lohne
Korbwarenfabrik Halle a. Saale.
Zu erfragen bei Korbmachermeister **Lösch** daselbst, Mansfelder-
Straße 48.

Genossenschaft f. Fabrikation v. Arb.-Fussbekleidung Ronneburg-Friedrichshalde
E. G. m. b. H.
Bilanz vom 1. August 1906 bis 31. Juli 1907

Activa				Passiva			
An Warenvorräte	14244,75			Per Geschäftsanteil-Konto	1084		
Materialbestände	4485,88	18680	58	Reservfonds-Konto	15		
Inventurbestand		2179	95	Kreditoren-Konto	4484		
Debitoren-Konto		1478	41	Darlehens-Konto	7116		
Gesch.-Anteil b. Kreditver.		50	—	Akzepten-Konto	10370		
Bank-Konto Kreditverein		1002	24	Reingewinn	621		
Kassenbestand		185	96				
		Mk.	28522	14	Mk.	28522	14

Mitgliederbestand am 31. Juli 1906 18, im Laufe des Jahres eingetretten 8, im Laufe
des Jahres ausgeschieden 0, Mitgliederbestand am Jahreschluss 16.
Die Geschäftszuthaben betragen am 31. Juli 1906 695 Mk., im Laufe des Jahres
vermehrten sich diese um 299 Mk., am Jahreschluss betragen dieselben 994 Mk.
Die Haftsumme betrug am 31. Juli 1906 2800 Mk., am 31. Juli 1907 2600 Mk.,
vermehrte sich demnach um 300 Mk.
Friedrichshalde, den 8. Dezember 1907.
Der Vorstand: **Emil Pohle, Richard Grau, Franz Krassch.**

Sachblatt für Holzarbeiter
Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift
Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband
Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband
gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark
Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem
unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark
nachbezogen werden.
Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holz-
arbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten
Innenarchitekten, wie **Richard Niemerschmid, Bruno Paul, Henry
Van de Velde, Baillie Scott** u. a. Ferner gute textliche Beiträge der
ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so **Josef Aug. Eug. Hermann
Muthesius, Franz Gammier** u. a., und hervorragende fachtechnische
Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeschulelehrers
D. Winkelmüller folgende Arbeiten: **Siren, Tore und Windfänge**
(mit 109 Abbildungen), **Holzdecken** (mit 26 Abbildungen), **Fußböden**
(mit 28 Abbildungen), **Wandtäfelungen** (mit 30 Abbildungen).
Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Der Verlag des Sachblatt für Holzarbeiter
Stuttgart, Adler-Strasse 43.

In einem oberbayerischen Badoort ist eine
gutgehende **Schreinererei**, zweites Ge-
schäft am Platze, mit guter Kundschaft, billigt
zu verpachten. Anfragen sind zu richten an
die Ortsverwaltung der Zahlstelle **Wab
Mibling.**
Gottfried Wolf, Bevollm., Rosenstr. 97 1/2.

Lohsaugerei * * *
Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei
Nistet am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen,
Holz ufm.
J. Brendel, Maxdorf 95 (Wald).
Nachtgalt. Katalog gratis u. franco.
pro Quadratmeter.
Kaufsägeholz von 1 Mark an.

Stomkes Städtebuch
Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder
mit Eisenbahn- u. Wegeliste, 856 Seiten, geb.
Mk. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg.
Eins. von Mk. 1,40 bei **G. Stomke, Bielefeld.**

**Schule des Kunst- u. Möbeltischlers, Sohls
des Bartischlers, Schule des Zimmermeisters.**
Techn. Selbstunterrichts-System Karnack-
Hachfeld. Glanzvolle Erlöse. Anhaltenssenden.
Prespr. Anerkennungsdiplome gratis u. franco.
Bonnens & Hachfeld, Potsdam R. 1.

**DETMOLD - GRÖSSTE
TISCHLER-FACHSCHULE**
Programm frei. Direktor **Reineking.**
Selbstunterrichtswerke für Tischler
versendet Direktor **Reineking, Detmold.**

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
Städtlich subv. Erzieh. Kostenlos

Kollegen, kauft nur **Wieslitzke
u. Maßstäbe „Solidarität“** von
Jean Blos, Stein-Nürnberg.

Durch die Expedition unserer Zeitung können
nachstehend bezeichnete Bücher bezogen werden.
 Bei Nachnahmeforderungen bis 5 Mk.
 20 Pf. und über 5 Mk. 80 Pf. mehr.
Wir bitten, den Betrag bei der Bestel-
lung mit einzuliefern, in diesem Falle wird
die Gebühr für die Nachnahme erpart.
Das **Wetzen und Färben des Holzes** von
**W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an
der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in
Wormen. Zweite Auflage. (Kleine Ausgabe.)**
88 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto
1,80 Mk.
Das **Wetzen und Färben des Holzes** von
**W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an
der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in
Wormen. Vierte Auflage. (Große Ausgabe.)**
154 S. Preis broschiert 2,50 Mk., mit Porto
2,80 Mk. — **Widerne Farben auf Holz**, eine
Wunderkarte mit 138 Farbtönen (Zeichnungen).
Supplement zur vorstehenden dritten Auflage.
Preis 5 Pf., mit Porto 6,20 Pf.
Der **Fischer-Gehilfen** von **Josef Efenach.**
Praktischer Ratgeber für die Lehrzeit nebst
Anleitung zur Gesellenprüfung, 58 S. Preis
50 Pf., mit Porto 60 Pf.
Die **Tischlerkunst** von **Chr. Schröder.** Neu
bearbeitet von **Zug. Graef, Zeichnerstädtliche
Darstellung der wichtigsten theoretischen und
praktischen Kenntnisse des Bau- und Möbel-
tischlers. Zweibuch 184 Seiten und Atlas mit
16 Holzschnitten. Preis broschiert 7,50 Mk.,
mit Porto 7,80 Mk.
Die Expedition der Holzarbeiter-Ztg.
Verlag von **Karl Klop** in Stuttgart.
Druck von **Paul Singer** in Stuttgart.**